Nr. 301

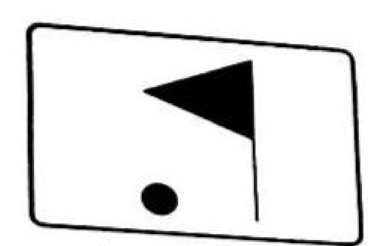
29. September 1994

INTERIM

auswärts 3 DM

Wöchentliches Berlin-Info

2,50 DM



Mercedes German Masters



Golfturnier

Motzen:

Widerstand angekündigt



Inhalt:

Ordner:
Hungerstreikerklärung d. bask. Gefangenen
Antwort auf I.Strobl
PK: 25 Jahre RAF

Hallo
Wir haben gehört, daß am 3. Oktober auch in Berlin eine Demo anlässlich der IWF-Tagung in Madrid (und zum "3. Okt." eben) stattfinden soll.- Näheres wissen wir leider auch nicht; informiert euch also selbst.
In kürze noch die üblichen Techniks (gähn): * Das Schwulen-Papier aus Bremen hätten wir gerne vollständig abgedruckt; nur müsst ihr dann auch lesbare Vorlagen schicken; Sorry. * OrdnerkandidatInnen bleiben wie immer unkommentiert. * Und Beiträge, Termine, Werbung etc., die in mehreren Ausgaben erscheinen soll, möchten wir gerne für jede Ausgabe neu zugeschickt bekommen. * Die Ziehung der Lotto zahlen findet, wie üblich Montags statt.

Tiere bitte nicht reizen - sie haben es schon schwer genug

Bombe: BKA ermittelt

Identische RAF-Bekennerschreiben aufgetaucht

Karlsruhe. AP

Der versuchte Sprengstoffanschlag auf das Bremer FDP-Büro und der Brandanschlag auf das Siegburger Büro von CDU-Generalsekretär Peter Hintze haben möglicherweise terroristische Hintergründe.

Wie die Ermittlungsbehörden gestern mitteilten, sind sowohl in Bremen als auch in Bonn Bezichtigungsschreiben aufgetaucht. Den Bremer Fall hat inzwischen die Bundesanwaltschaft übernommen.

Der Anschlag in Bremen, der mit einer RAF-Sympathisantengruppe in Verbindung gebracht wird, war am Montag gescheitert. Neben der Bombe sei ein siebenseitiges Bezichtigungsschreiben gefunden worden, hieß es weiter. Darin begründen die Täter damit, daß vor den Feiern zum Tag der deutschen Einheit am 3. Oktober eine „antiimperialistische Fundamentalopposition" ausgedrückt werden solle.

Die Bundesanwaltschaft bringt den versuchten Anschlag mit dem Sprengstoffanschlag auf die CDU-Kreisgeschäftsstelle in Düsseldorf am 5. Juni in Zusammenhang. Dazu hatte sich die „Antiimperialistische (Widerstands)zelle (Nadia Shehadah)" bekannt.

Impressum

Herausgeberin:
Interim e. V.
Gneisenaustr. 2a
1000 Berlin 61

Redaktionsanschrift: s. o.

V.i.S.d.P.: Charlotte Schulz

Gesamtherstellung:
Eigendruck im Selbstverlag

Querschläge Bulletin
Zeitung gegen die Kriminalisierung von AntifaschistInnen
Nummer 1 Berlin - September 1994

Der erste Prozeßtag!

In Berlin begann am 20. September 94 der Prozeß gegen sieben Antifas, die Mehrzahl von ihnen junge türkische und kurdische Immigranten, denen „gemeinschaftlicher Mord" an Gerhard Kaindl, Funktionär der „Deutschen Liga für Volk und Heimat", vorgeworfen wird. Der ersten Prozeßtag war geprägt von Verzögerungen und Unterbrechungen, die vor allem durch überzogene Sicherheitsvorkehrungen verursacht wurden.

Insbesondere die Einlaßkontrollen waren vollkommen überzogen. Jede/r BesucherIn mußte die Schuhe ausziehen, ihre Kleidung wurde durchwühlt, sogar Papier und Bleistift wurden einbehalten, auch die Personalusweise der BesucherInnen wurden kopiert. Aus anderen Staatsschutzverfahren ist bekannt, daß die Daten an die Polizeibehörden weitergeleitet werden. Es entstand der Eindruck, daß die Sicherheitsvorkehrungen zur Einschüchterung und Ausspionierung der FreundInnen und UnterstützerInnen dienen sollten.

Dies stellte einen massiven Einschüchterungsversuch der Öffentlichkeit dar. Die Anwälte haben daher den Antrag gestellt, die überzogenen und den Grundsatz der Öffentlichkeit verletzenden Kontrollen einzustellen.

Aufgrund der nervenaufreibenden Kontrollen erreichten die ZuschauerInnen erst mit mehrstündiger (!) Verspätung den Verhandlungssaal, wo bereits elf bewaffnete Polizeibeamte saßen.

Die Pressebänke waren mit zahlreichen JournalistInnen voll besetzt, die internationalen ProzeßbeobachterInnen waren ebenfalls auf den Pressebänken plaziert.

Das Wiedersehen mit den Gefangenen, die teilweise bereits seit zehn Monaten in U-Haft saßen, war wunderschön. Mehmet, der an diesem Tag Geburtstag hatte, wurde ein Ständchen gesungen, die anderen wurden mit lauten Rufen und Applaus begrüßt.

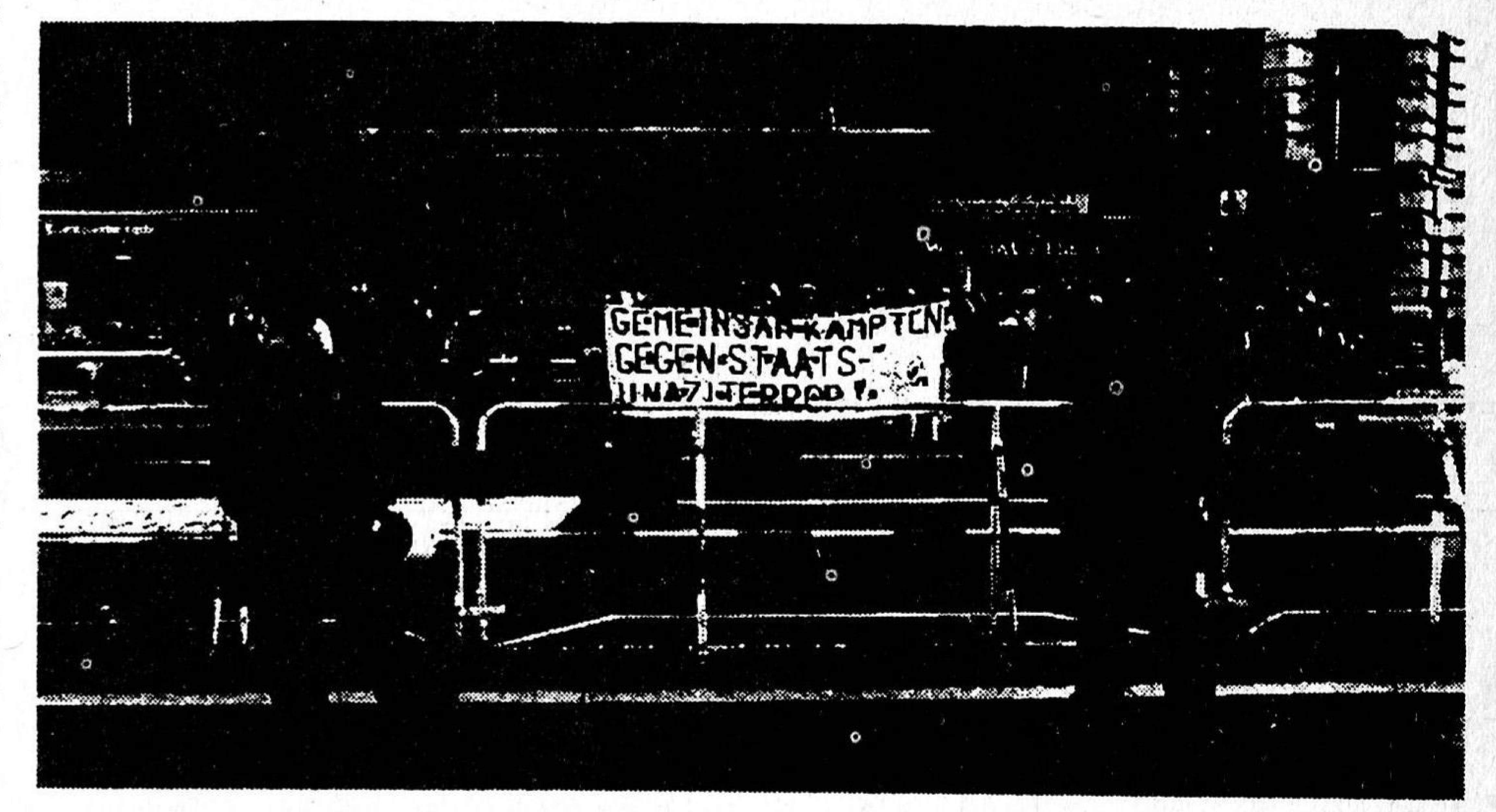
Die Stimmung unter den Gefangenen war sehr entspannt und freundschaftlich, sie scherzten und redeten miteinander und bezogen auch die beiden Jugendlichen, die Aussagen in den Polizeiverhören gemacht hatten, mit ein.

Während der vielen Unterbrechungen war es möglich, mit den Angeklagten ein paar nette Worte zu wechseln, außerdem versorgten sie die Zuschauer mit Zigaretten, da bei den Einlaßkontrollen auch Tabak und Zigaretten konfisziert wurden.

Während des Prozeßes stellte sich Folgendes heraus: Einige Tage zuvor hatte der Staatsschutz die Schöffen, Richterin und Staatsanwältin zu einem ominösen Anlaß eingeladen. Sie wurden u.a. über die Früherkennung von Briefbomben aufgeklärt und ermahnt, mehr auf ihre Umgebung zu achten. Ab sofort seien mehr Streifenwagen in der Umgebung der "Betroffenen" unterwegs. Die Tatsache, daß weder die Angehörigen der Gefangenen noch die AnwältInnen zu den "Betroffenen" gehörten, läßt vermutenaus welcher Ekke die Staatsschützer die "Bedrohung" gesehen haben möchten.

Der Prozeß kam über die Feststellung der Personalien nicht hinaus. Der Prozeßtag mußte gegen 14.30, kaum daß er offiziell eröffnet war, wegen Verhandlungsunfähigkeit von Erkan abgebrochen werden. Erkan ist dem Augenschein nach in einer psychisch desolaten Verfassung; er machte den Eindruck, daß er mit starken Psychopharmaka behandelt wird.

Wir verabschiedeten uns mit einem langen Applaus und Sprechchören „Power durch die Mauer" und versprachen uns gegenseitig: „Wir kommen wieder!" Es droht weiterhin der Ausschluß der Öffentlichkeit und erst die nächsten Verhandlungstage werden eine Entscheidung bringen.



Kommt zum Prozeß!

Das "Interesse" ziviler UnSicherheitskräfte und Rechtsextremer am Prozeß zeigen deutlich, wer als Öffentlichkeit nicht erwünscht ist.

Koordiniert eure Prozeßbesuche mit den UnterstützerInnen:

Für Berlin: Über das öffentliche Donnerstagstreffen: 19.00 Uhr, Blauer Salon im Mehringhof, Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin

Für außerhalb: Über das Prozeßbüro (Tel.+Fax: 694 93 54)

Internationale Solidaritätsaktionen

Ohne die internationale Solidarität, insbesondere der internationalen ProzeßbeobachterInnen, wäre es nicht gelungen, diesem Prozeß eine solche Publizität zu verschaffen. Vor allem dadurch wurden die Medien zu einer objektiveren Berichterstattung gezwungen.

Der Tag vor Prozeßbeginn wurde zu einem internationalen Aktionstag: Außer der Demo in Berlin beteiligten sich etwa 100 Menschen an einer Solidaritätsdemonstration in Hamburg. Im Bundesland Brandenburg hingen an mehreren Autobahnen und Schnellstraßen Solidaritätstransparente.

In ganz Europa kam es zu kleineren und größeren Solidaritätsaktionen und Kundgebungen vor deutschen Einrichtungen. Wir wissen bis jetzt von Aktionen in:

Holland (Amsterdam und Rotterdam), **England** (in Manchester fand eine Kundgebung vor der deutschen Botschaft statt, in Newcastle gab es eine Kundgebung in der Innenstadt), **Norwegen** (Bergen und Tromsö), **Finnland** (Helsinki), **Spanien** (in Barcelona war eine Kundgebung von 150 Leuten vor dem deutschen Konsulat, in Valencia protestierten 50 Menschen ebenfalls vor dem deutschen Konsulat), in **Frankreich** (70 Leute vor der deutschen Botschaft in Paris, kurzzeitige Besetzung des Goethe-Instituts in Lyon, Kundgebungen in Rennes und Lille), in **Österreich** (Demo zur deutschen Botschaft in Wien), **Schweiz** (in Zürich fand eine Kundgebung vor der Deutsch-Schweizerischen Handelskammer statt, und es gab Öffentlichkeitsaktionen in Fernzügen mit Fahrtziel Deutschland), **Polen** (in Wroclaw Kundgebung vor dem deutschen Konsulat).

Selbst außerhalb Europas, in **Washington D.C.** fand eine Kundgebung vor der deutschen Botschaft statt.

Diese Solidarität ist für uns beeindruckend. Sie zeigt welch genaues Bewußtsein im Ausland über die Vorgänge in Deutschland besteht. Diese Solidarität mit den Angeklagten kann nicht hoch genug bewertet werden. Gerade in einem Land, dessen Regierung rassistische Pogrome nur aus Sorge um das „Bild Deutschlands im Ausland" nicht mehr schürte.

Infos/Termine

Freitag, 30. 9. 22 Uhr: Informationsveranstaltung zum Prozeß, danach Party mit (vorauss.) Black Liberation Sound System im SO 36, Oranienstr. 189

Donnerstag, 13.10., 18 Uhr TU-Gebäude: Lesung mit Nanni Belestrini

Montag, 31.10., 18 Uhr voraussichtlich im Roten Salon der Volksbühne: Lesung mit Mauricio Rosencof aus seinem neuen Roman

Weitere Veranstaltungen sind im Oktober geplant. Wir werden berichten.

Prozeßtermine:

Jeweils Dienstags und Freitags, 9 Uhr, Landgericht, Moabit, Turmstraße
30.09. / 04.10. / 07.10. / 11.10. / 18.10. / 21.10. / 25.10. / 28.10. / 01.11. / 04.11. / 08.11. / 11.11. / 15.11. / 18.11. / 22.11. / 25.11. / 29.11. / 02.12. / 06.12.

Besucht und beobachtet den Prozeß!

Um zu verhindern, daß sich wegen der langen Prozeßdauer die BesucherInnen anfangs auf die Füße treten und zu späteren Prozeßterminen kaum noch jemand kommt, haben wir folgende Bitte:

Die BesucherInnen, die von außerhalb Berlins anreisen, sollten sich „städteweise" zusammentun und jeweils, abwechselnd, eine Woche oder einen Prozeßtag übernehmen. Die Koordination läuft (ab der zweiten Prozeßwoche) über das Prozeßbüro in der

Dieffenbachstr. 33, 10967 Berlin, Tel/Fax: 694 93 54.

Das Büro ist immer Donnerstags von 15-18 Uhr besetzt, ansonsten Anrufbeantworter oder schriftlich.

Auch innerhalb Berlins ist eine solche Koordination sinnvoll. Sprecht also mit Euren FreundInnen und Bekannten ab, ob, wann und zu wievielt Ihr als Gruppe zum Prozeß gehen wollt. Koordiniert Euch über das öffentliche UnterstützerInnentreffen, Donnerstags, 19 Uhr, Mehringhof, Blauer Salon.



Gefangene freuen sich über Post

Fatma Balamir, BuchNr.: 950/93/8, JVA Frauen, Friederich-Ollbricht-Damm 1713627 Berlin

Mehmet Ramme, BuchNr.: 5436/3, UHA Moabit, Alt-Moabit 12a, 10559 Berlin

Abidin Eraslan, BuchNr.: 5455/93, UHA Moabit, Adresse wie oben

Seyho Karaaslan, UHA Moabit, Adresse wie oben

Carlo Blietz, UHA Moabit, Adresse wie oben

Erkan Sönmez, Karl-Bonhoeffer-Nervenklinik, Oranienburgerstr. 285, 13437 Berlin

Die Einheitsfeier findet nicht statt !

Die diesjährige Feier der *"deutschen Einheit"* soll bekanntlich in Bremen stattfinden. Drei Tage zur Verhöhnung der Opfer des rassistischen Terror in Rostock, Mölln, Solingen..., drei Tage der Beschönigung der gesellschaftlichen Verhältnisse, drei Tage also, an denen die Mächtigen und Reichen dieses Landes ihre Erfolge feiern wollen.

Das Anti-Rassismus-Büro ruft zusammen mit zahlreichen anderen Gruppen zu einer Demonstration gegen die Einheitsfeier auf. Wir rufen dazu auf, sich gegen dieses ebenso skrupellose wie zynische und menschenverachtene Spektakel auf der Straße zu versammeln, im Wege zu stehen und so in der Öffentlichkeit dafür zu sorgen, daß ihre Propagandashow in die Hose geht !

Was gibt es denn da zu feiern ?

- Etwa die Tatsache, daß Arbeit heutzutage für Millionen von Menschen bedeutet, jenseits jeder sozialen Absicherungen wie Krankenversicherung, Kündigungsschutz und Urlaubsgeld weit unter Tarif zu malochen ? Daß die Gewerkschaften im Schulterschluß mit den Bonzen aktiv dafür Sorge tragen, daß die Löhne auch für Festangestellte sinken und sinken, während die Bilanzen und Gewinne der Besitzenden steigen und steigen ? Seit Jahren jedenfalls werden Arbeitskräfte wegrationalisiert, um über die Drehscheibe Arbeitslosigkeit entweder auf's Sozialamt abgedrängt, oder aber in entgarantierte Beschäftigungsverhältnisse entlassen zu werden (520-DM-Jobs, Schwarzarbeit etc.). Unter dem Slogan *"Wer arbeit muß mehr verdienen als eine Arbeitslose"* werden Sozi, ALG/Alhi eingefroren oder gekürzt und damit unter das Existenzminimum gedrückt, und zusätzlich an Zwangsarbeitsprogramme gekoppelt ("Erntehelfer", soz. Pflichtjahr für Frauen usw.).

- Etwa die Tatsache, daß ca. 5 Millionen Wohnungen fehlen, bezahlbarer Wohnraum immer knapper wird, und mit zunehmender Armut die Zahl der Wohnungs- und Obdachlosen immer weiter ansteigt ? Daß also z.B. zwischen 1980 und 1990 rund 1 Millionen Wohnungen zerstört wurden, umgewandelt in Yuppie-Appartments, Arztpraxen, Computerfirmen und andere Geschäfte der Besserverdienenden, oder einfach abgerissen werden. Daß z.B. ca. 85% aller zwischen 1980 und '90 errichteten Neubauwohnungen ebenfalls für die Masse der Leute unbezahlbar sind, weil sie a la Weidedamm, Teerhof und Vegesack dem *"gehobenen Anspruch"* dienen. Daß Wohnprojekte wie das Buntentor eiskalt der Abrißbirne zum Opfer fallen, weil sie nicht in das saubere Stadtbild passen.

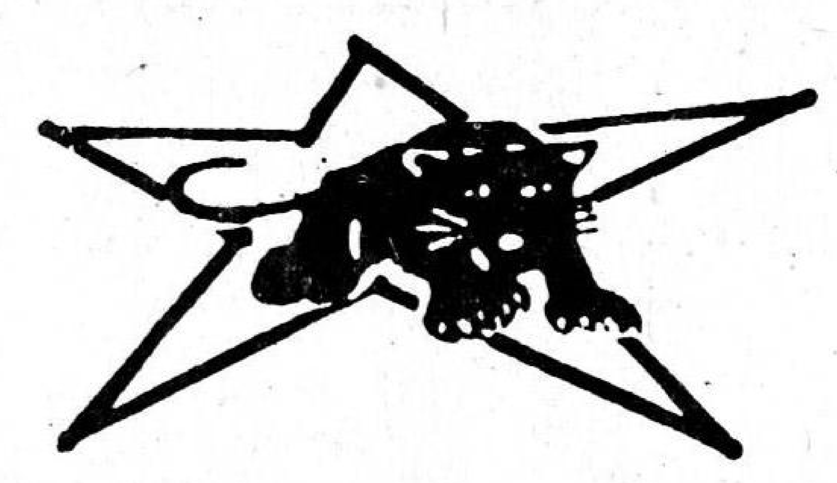
- Etwa die Tatsache, daß bestimmte Bevölkerungsgruppen aus öffentlichen Räumen und Plätzen der Stadt ausgegrenzt und vertrieben werden ? 1992 wurde ein generelles Aufendhaltsverbot gegen hauptsächlich schwarze Flüchtlinge für den gesammten Innenstadtbereich ausgesprochen. Begründung: *"Gefährdung der öffentlichen Ordnung"*, weil schwarzen Flüchtlingen pauschal der Drogenhandel unterstellt wurde. Eine rassistisch begründete No-go-area. Es folgte die Vertreibung drogenabhängiger Prostituierter von Ziegenmarkt und Friesenstraße, die Vertreibung von Junkies aus Teilen des Ostertor/Steintorviertels. Im Sommer '94 schlug Sparkassen-Vorstandsmitglied REBERS eine soziale Bannmeile für Obdachlose vor, die *"Bremens gute Stube verschandeln"* würden (*"Marktplatz pennerfrei"*). Das obere Drittel dieser Gesellschaft scheint sich zunehmend an der Armut zu stören, und erklärt Hunderttausende im Handumdrehen zu Störenfrieden, ruft nach der Polizei und engagiert private Wachmänner, um die Innenstadt und andere Geschäfts- und Kommerzzentren zu säubern.
  Es sind keine "Randgruppen" die da ausgegrenzt werden, sondern Schritt-für-Schritt richtet sich diese Politik gegen Alle, die Arm sind, "behindert", den "falschen Pass haben" oder einfach nicht geneigt sind, sich den herrschenden Verhältnissen und ihrer Moral unterzuordnen.

- Oder sind wir etwa aufgefordert die zurückliegende "Asyldebatte" zu feiern, die Pogrome, Mord- und Brandanschläge auf Flüchtlinge und ihre Unterkünfte ? Die Internierung von Flüchtlingen in Massensammellagern, die Abschaffung des Asylrechts, und all die anderen Bausteine der herrschenden rassistischen Politik ?

Diese "Asyldebatte" war das Einfallstor für die umfassenden Neuordnungspläne der Rechten. Das Gesicht der kapitalistischen Gesellschaft wandelt sich mehr und mehr in nackte Ausbeutung (ohne den *"Luxus"* Sozialstaat), auf gesellschaftliche Widersprüche und Konflikte wird immer offener mit sozialer Ausgrenzung und Polizeigewalt reagiert. Von der "rechten *Intelligenz*" wird ein *"Wertewandel"*, eine *"geistig-moralische Wende"* vorangetrieben, die nicht nur die Leugnung Auschwitz's salonfähig gemacht hat, oder eine deutsche Bevölkerungspolitikerin sagen läßt, daß *"Afrikaner weniger intelligent sind, als andere"* - sondern die versucht, sämtliche gesellschaftl. Emanzipationsprozesse der vergangenen 25 Jahre zurückzudrehen. Rechte und rechtsradikale Parolen haben Einzug gefunden bei allen Parteien, in den Medien, und selbst offen faschistisches Gedankengut löst kaum mehr einen gesellschaftlichen Skandal aus...

Es gibt keinen Grund die "Einheit" zu feiern ! Aber es gibt tausend gute Gründe, am 3.10. auf die Straße zu gehen ! Wer jammern will bleibt am Besten zuhause. Geholfen hat das aber noch nie und niemanden. Und diejenigen, die uns auffordern, nicht zu demonstrieren, sondern diesen Tag *"würdig zu begehen"*, die uns dazu auffordern, uns dem nationalen Konsens anzuschließen, denen können wir nur sagen: Deutschland halt's Maul !

DEMONSTRATION 3.10.
8 Uhr morgens Sielwall/Ostertorsteinweg



**ANTI-RASSISMUS-BÜRO
Bremen**

DA GIBT ES KEINEN GRUND ZUM FEIERN!

Am 2. und 3. Oktober 1994 wird sich die 'creme de la creme' aus Politik und Wirtschaft in Bremen treffen. Mitten in der heißen Phase des Bundestagswahlkampf ist ein ebenso umfangreiches wie kostspieliges Programm geplant, um diesen neuen Nationalfeiertag *würdig* zu begehen. Mehr noch als in den Jahren zuvor werden die diesjährigen Feierlichkeiten der Selbstbeweihräucherung des deutschen Staates, der Regierung und der herrschenden Elite aus Politik und Wirtschaft dienen. Sie werden ihre *Erfolge* feiern wollen, den wiedererstarkten Nationalismus, den in Gesetze gegossenen Rassismus und ihre Fortschritte in der sozialen Ausplünderung der Mehrheit der Menschen in diesem Land und international. Zwei Wochen vor der Bundestagswahl wird der diesjährigen Einheitsfeier also eine besondere Bedeutung zukommen: denn dann sollen millionenfache Kreuzchen auf den Wahlscheinen ihre Politik bestätigen und ihre Fortsetzung legitimieren.

Rund 650.000 DM wird Bremen für dieses Spektakel locker-machen. Sponsoren wie EDUSCHO, JACOBS, MARITIM und DIE SPARKASSE wollen nochmal ca. 850.000 DM dazusteuern. Geladen sind 1000 Gäste für die offizielle Feier im Kongreßzentrum (CCB) - alle 500 Bundestagsabgeordneten, alle Abgeordneten der Bürgerschaft, und etwa 400 VertreterInnen der Industrie, der Gewerkschaften, Botschaften usw.. Ihre Sicherheit lassen sie sich einiges kosten, nämlich zwischen 600.000 und 1 Mio. DM. Die dazu benötigten Kasernen für BGS und Polizeimannschaften aus anderen Bundesländern sind schon im Vorfeld beschlagnahmt worden.

Es erwartet uns also ein großes Spektakel in dieser Stadt. Im Rahmen des **Musikfestes am <u>2.10.</u>** geben sich die Bonzen, ManagerInnen und VertreterInnen der herrschenden Elite in einer leergeräumten Werfthalle des Rüstungskonzerns LÜRSSEN-Werft in Lemwerder ihr Stell-Dich-ein beim Beethoven-Konzert. Am Tag darauf folgt ein klassisches Konzert in der GLOCKE.

Vom **<u>1. - 3.10.</u>** findet in der unteren Rathaushalle eine ***"Präsentation der Bundesländer"*** statt, und drumherum auf Marktplatz und Domshof ein sog. ***"Volksfest"*** mit entsprechenden Freß- und Saufständen, und um die rassistische Wirklichkeit zu verdecken, werden sie ein *"Spektakel der Weltkulturen"* (*Drums of the world*) am 2.10. inzenieren.

Der **<u>3.10.</u>** selbst soll ganz im Zeichen des ***offiziellen Festaktes*** im **Kongreßzentrum** stehen, dem traditionsgemäß ein **ökumenischer Gottesdienst** vorangehen wird. Im CCB und auf dem Volksfest werden sie ihre schönfärberischen Reden schwingen, ihre Lügen, Heucheleien und Wahlsloganse zum Besten geben, sich und ihre Erfolge feiern - in der Gewißheit, daß die 700 erwarteten JournalistInnen ihre Botschaften in die Köpfe und Herzen der Menschen bringen werden.

Gegen dieses Propaganda-Spektakel organisieren zahlreiche Gruppen am 3.10.1994 eine bundesweite Demonstration.

Es gibt keinen Grund die "Einheit" zu feiern, denn es gibt nichts zu feiern. Die Gewalt gegen Frauen und Mädchen verschärft sich. Die Armut hat zugenommen, die Reichen werden reicher, Flüchtlinge drangsaliert und abgeschoben und die BRD giert weltweit nach militärisch - ökonomischem Machtzuwachs.

Mehr als tausend gute Gründe sprechen dafür, dieser Politik und diesem ekelerregenden Propagandaspektakel, eine entsprechende Antwort zu geben. Die bundesweite Demo am 3.10.ist eine Antwort, wir sehen hier eine Möglichkeit, die berechtigte Wut und den Zorn, den Protest und Widerstand gemeinsam auf die Straße zu tragen. **Unser Ziel ist es,** den reibungslosen Ablauf der nationalistischen Feiern zu verhindern. Sie sollen sich in ihrem Kongreßzentrum verschanzen müssen, so daß ihnen jede ihrer "feierlichen Reden" im Halse stecken bleibt. Unser Ziel ist es klarzumachen, daß und warum es für Millionen keinen Grund gibt, die "Einheit" zu feiern. Deshalb werden wir auf den Straßen sein, wollen das Kongreßzentrum belagern und blockieren , weil wir ihren Lügen keinen Glauben schenken, weil wir ihre Politik ablehnen und weil wir ihre Profit- und Gewinnsucht verachten.

Ihrem Versuch, durch eine Brot & Spiele-Inzenierung massenhafte Zustimmung vorzutäuschen, **wollen wir einen** Strich durch die Rechnung machen. Mit ihrem 'Volksfest' und dem Vorstoß, den 2.10. zu einem verkaufsoffenen Sonntag (!) zu erklären, sollen die Menschen in die Innenstadt gelockt werden:

Geht nicht zum Fest und laßt euch nicht für den nationalistischen Rummel mißbrauchen!

Let's go !

Während die einen konsumieren und ihr Geld in der City lassen sollen, werden die ohnehin gutbetuchten und elitären VolksvertreterInnen, Rationalisierer und Profiteure aus Industrie und Handel zusammen mit allerlei BotschaftsvertreterInnen sich kostenlos ihren Champagner zuprosten.

Bremer Bündnis gegen die Nationalfeiern

Für uns läßt sich daraus nur schließen: die Einheitsfeier findet so nicht statt !

Oder anders: wenn wir feiern, dann aber richtig.

Schwule Konfrontation statt Integration Schwuler

Verschärfung des Asylgestzes, mit dem Menschen, die das "falsche" Geburtsland in ihrem Ausweis stehen haben, in den Tod, den Knast oder das Elend ihrer Heimatländer abgeschoben werden; rassistische Progrome an der Tagesordnung; verstärkter Sexismus gegenüber Frauen; Kriminalisierung von Minderheiten; immer stärkerer Abbau der Sozialleistungen; Überlegungen, Zwangsdienste für Arbeitslose einzuführen; immer noch und immer wieder Staatsfolter gegen Menschen aus raf und Widerstand.

So sieht der Alltag in Deutschland 1994 aus!!!

Und trotzdem oder gerade deshalb wollen sich die HERRschenden bei den diesjährigen "Einheitsfeierlichkeiten" so richtig selbst feiern und hochleben lassen.

Aber nicht mit uns!!!

Dieses Roll-Back der vergangenen Jahre verstärkt durch den gesteigerten Nationalismus seit der "Wiederveinigung" 1989 zeigt sich auch deutlich gegenüber Schwule. Die Abschaffung des §175 hat an der Schwulenfeindlichkeit nichts geändert. Pöbeleien und Übergriffe auf Lesben und Schwule nehmen wieder zu. Ausrufe wie "Du schwule Sau" oder "Fick Dich doch in den Arsch" auch von Linken werden immer noch gebraucht, um andere, nicht unbedingt schwule Menschen zu diskriminieren.
Die Abschaffung eines Paragraphen beendet mit Sicherheit nicht die Schwulenfeindlichtkeit. Solange der Großteil der Bevölkerung schwulenfeindlich ist, wird auch dieser Staat weiterhin Schwule diskriminieren, was die Geschichte der Schwulenverfolgung deutlich zeigt.

Folgende repräsentative Umfrage gibt Einblick in die Einstellung der Deutschen gegenüber Schwule: 13% der Befragten fordern die Kastration schwuler Männer, 16% wollen Homosexualität wieder bestraft haben, 1/3 ist stark schwulenfeindlich. 1/3 ist zwar nicht durchgängig antihomosexuell, aber keinesfalls frei von ablehnenden oder klischeehaften Vorstellungen und nur 1/3 aller Befragten bezeichnet sich als durchgängig schwulenfreundlich.[3]

Mit der Abschaffung des §175 hat die Diskriminierung noch lange kein Ende. Sobald die HERRschenden die Diskriminierungen für ihre Zwecke gebrauchen können, werden sie sie auch nutzen. Solange es dieses Wechselspiel gibt zwischen Bevölkerung, die ihre Vorurteile gegenüber Minderheiten in oft massiver Weise ausübt und Staat, der eben diese Vorurteile für seine Machtausübung mißbraucht, kann es keine Veränderung geben. Die Angriffe von faschistischen Männern und Jugendlichen auf AusländerInnen und das daraufhin verschärfte Asylgestz sind das beste Beispiel.

Schwule, die sich in Nischen wie der Schwulenehe zu integrieren versuchen, werden trotzdem nicht hetero; aber sie funktionieren genauso weiter in diesem System. Die meisten Schwulen setzen sich wenig oder gar nicht mit ihrer Rolle als Mann in einer patriachal-geprägten Gesellschaft auseinander. Schwules Leben findet meist nur am Wochenende statt, wenn sie aus ihrem heterogeprägten Alltag ausbrechen und sich dann in die Kommerz-Schwulenszene stürzen, die sich fast ausschließlich auf "Freizeitgestaltung" orientiert. Eine Auseinandersetzung ist dort allerdings undenkbar und auch nicht gefragt, sondern es werden heterosexistische Verhaltensweisen übernommen. Dies hat die letzte CSD-Demo in Bremen gezeigt, wo schwule Verantstalter aus der Kommerz-Szene gegen Lesben und Schwule gewalttätig wurden und mit Hilfe der Bullen(!) eine Gruppe von linken Lesben und Schwulen daran hinderte, kritisch an der Demo teilzunehmen.

Wir wollen unser schwules Leben nicht in isolierten Bereichen stattfinden lassen, sondern selbstverständlich schwul sein.

Wir wollen uns in eine solche Gesellschaft nicht integrieren lassen und schon gar nicht in kleinen Nischen hausen, sondern in HERRschaftsfreien Zusammenhängen leben, lieben, wohnen und arbeiten.

Den Rauswurf der Jugendlichen wird von den betreffenden Leuten als Rassismus bezeichnet. Weil es sich um türkische Kid's handelt. Wer in diesem Zusammenhang eine "Rassenfrage" konstruiert, kann sich nicht vom Rassismusvorwurf freisprechen. Wir sind der Ansicht, daß sie eine solche Rassenfrage konstruieren, indem sie die Nationalität der Guppenmitglieder thematisieren. Dieser Ansatz ist für uns indiskutabel, da er am Thema vollkommen vorbeigeht: Das Fehlverhalten dieser Gruppe gegenüber der KARO-Ini und anderen Betroffenen ist eindeutig keine türkische Eigenart. Es gibt kein Volk von Idioten. Aus der betreffenden Gruppe wurden wiederholt extrem nationalistische Thesen (z.B. gegen KurdInnen, bzw. über den Wert von Frauen) geäußert. Gruppenmitglieder wurden auf einer Veranstaltung der Grauen Wölfe in Harburg gesehen. Da Gruppenmitglieder nach eigener Aussage bedingungslos für einander einstehen, es außerdem enge Verflechtungen mit den Grauen Wölfen gibt, ist fraglich, ob eine Integration der Gruppe in linke Zusammenhänge möglich oder wünschenswert ist. Trotzdem versuchen einzelne, diese Jugendlichen über den Verkauf von "weichen" Drogen zu integrieren. Auch diese Drogen stellen einen Widerspruch zu ernsthafter politischer Arbeit dar, da sie der Kriminalisierung Vorschub leisten, und die Arbeit gegen sozial zerstörerische Drogen unglaubhaft macht. Drogengebrauch und Handel widersprechen linker Politik, sie werden vom Staat als Teil der Aufstandsbekämpfung genutzt (siehe Hausbesetzerszene Berlin). In der KARO-Ini gilt Haschverbot, "weißes Pulver" bleibt indiskutabel, über Alkohol und Nikotin wird noch diskutiert. Wir finden die Diskussion um die Integration rechter Jugendlicher falsch: In der gesamten BRD finden gerade jetzt Prozesse zur Kriminalisierung der linken ImmigrantInnenbewegung statt. Die Regierung bekämpft mithilfe des § 129a, der Ausländergesetzgebung, dem Verbot politischer Aktivitäten jegliche antifaschistische Organisierung. Diesen Menschen drohen Abschiebung in ihre "Heimat"-Länder, das bedeutet: Knast, Folter, Todesstrafe. Innerhalb der NATO ist die BRD für die Türkei zuständig. Die jahrzehntelange Militärhilfe der BRD (Finanzhilfe in Milliardenhöhe, Militärmaterial und Ausbildung der Armee) ermöglicht es der Militärjunta den Krieg gegen das kurdische Volk und die türkische Opposition fortzusetzen. 60 Natobasen in Nordwestkurdistan sind ein Beleg dafür, daß sich der Imperialismus die Vorherrschaft im Nahen- und Mittleren Osten zu sichern versucht. Schon im 1.und 2. Weltkrieg gehörte die Türkei zu den zuverlässigsten Verbündeten des deutschen Imperialismus, die Deutschen unterstützten die Türkei beim Völkermord an ArmenierInnen und KurdInnen. Heute werden türkisch nationalistische Kreise in der BRD staatlich unterstützt. 1993 demonstrierten in Hamburg ca. 1000 türkische Nationalisten gewalttätig gegen die PKK und oppositionelle türkische Einrichtungen. Die Unterwanderung türkischer Nationalisten durch Graue Wölfe ist nicht zu verharmlosen. Die unpolitisch fehlverstandene Sozialarbeit einzelner gegenüber ihren "Freunden" gibt Faschisten Einblick in unsere Strukturen, die Faschisierung greift auch im Viertel in unseren Alltag ein.

Kritiker dieser Zustände sehen sich massiven Drohungen ausgesetzt, es kann nicht länger als Zufall angesehen werden, daß sie in Schlägereien und Messerstechereien verwickelt werden. Die KARO-Ini ist ein linkes Zentrum mit der Zielsetzung, fortschrittliche Organisationen zu stärken. Herkunft und Nationalität sind in diesem Zusammenhang ohne Belang.

Es wäre ein großer Fehler, würden wir rassistischen und sexistischen Kräften Einblick und Handlungsmöglichkeiten in der KARO-Ini einräumen. Stattdessen müssen linke Strukturen endlich wieder ausgebaut und handlungsfähig werden, um sich auch faschistischen Angriffen widersetzen zu können. Graue Wölfe und ihre Sympathisanten sollte man nicht miteinbeziehen, man bekämpft sie nicht mit schönen Worten.

Hamburg, 07.'94

Kein Fußbreit den FaschistInnen, SexistInnen, RassistInnen !



MOMPER UND KONSORTEN AUS UNSEREN STADTTEILEN VERJAGEN !

Am 23.September haben wir in Kreuzberg den Herbstanfang mit einem grösseren Freudenfeuer vor dem Nobelrestaurant "Hasenburg"gefeiert. Als Brennmaterial diente uns auf der Fichte- Ecke Urbanstrasse der neue silberne Audi (B-NK4960) des stadtbekannten Bauspekulanten Walter Momper. Das nach dem Absingen eines fröhlichen Arbeiterkampfliedes von uns zurückgelassene ausgebrannte Autowrack ist ein weiteres Glied in einer Reihe von militanten Angriffen gegen diesen miesen Karrieristen.

Momper symbolisiert ganz vortrefflich die verlogene Moral einer Mehrheit der "gehobeneren" Mittelschicht nicht nur in Kreuzberg. In früheren Jahren stets einen roten Schal um den Hals gebunden,"flotte linke" Sprüche kloppend und immer die Karriereleiter fest im Blick,wurde er 1989 Regierender Bürgermeister des damaligen SPD-AL-Senats. Wenige Monate nach der Maueröffnung Anfang 90 war er der Hauptgegner des grossen Kita-Streiks. Hier profilierte er sich erstmals offen als Hardliner gegen Arbeiterinneninteressen. Am 14.11.90 dann der"Höhepunkt" seiner politischen Karriere. Mit Hilfe aus der ganzen BRD angekarrten Sondereinsatzkommandos lässt Momper die besetzten Häuser in der Mainzer Strasse brutal räumen. Schusswaffeneinsatz inclusive. Damit,mittlerweise selber Hausbesitzer,empfahl er sich als treuer Handlanger der Baumafia.

Nach dem Ende des rot-grünen Senats,leitete er den berliner SPD-Parteivorsitz und stieg 1992 bei der Firma des Bauspekulanten Ebbinghaus ein. Das fand selbst die brave SPD-Parteibasis nicht so toll,so das Momper den Parteivorsitz abgeben musste. In der Baumafia von Ebbinghaus erst einmal eingearbeitet,merkte er sehr schnell,dass es doch viel rentabler für ihn wär,wenn er auf eigene Kappe arbeitet. So kündigte Momper und gründete eine eigene Firma für "Bauprojektierung". Seine zahllosen Kontakte aus der Zeit als Bürgermeister erweisen sich für ihn innerhalb der Baumafia als zusätzlich gewinnbringend. Noch heute gilt,dass es kaum einen Empfang oder sonstige "gesellschaftliche Ereignisse unter den oberen Zehntausend Berlins" gibt,bei denen Momper nicht als gern gesehener Gast in Erscheinung tritt. Seinen roten Schal indes hat er gerüchteweise seiner Haushälterin vermacht. Als Lappen zum Putzen seiner Schuhe.

Mompers Wohnadresse,die Fichtestrasse und Umgebung ("Momper-Eck") ist seit einigen Jahren neben dem Paul-Lincke-Ufer d i e Adresse für "gehobeneres Wohnen" mit angeschlossener "kultureller Ambiente" für das Mittelschichtpack in Kreuzberg. So hat Mompers Wohnort auch einen entsprechenden Symbolwert für die rasante Umstrukturierung des Stadtteils auf Kosten der proletarischen Bewohner.

Der Kampf von KGK hat vor allem die Profiteure dieser Entwicklung im Visier. Ende Mai setzten wir zeitgleich die Luxus-Pkws von neun Karrieristen in Brand. Betroffen war zum zweiten mal auch ein gewisser Dachgeschossbewohner aus der Urbanstrasse,IG-Chemie-Funktionär mit Leidenschaft zum Golfspiel. Sein zweiter 7er BMW brannte in Folge aus. Die Bullen hatten schon zeitlich vor und nach der Aktion selber Luxusautos als Lockfallen abgestellt,die sie observierten. Erfolglos,wie in jüngster Zeit die weiteren Attacken auf Nobelautos zeigen.

Die Observationskameras am nun entgültig geschlossenen Luxusrestaurant "Auerbach" haben die Bullen abgebaut. Sie können sie jetzt am Nobelschuppen "Altes Zollhaus" am Planufer anbringen. Dort können sich reiche Schweine für über 80 Märker ein Menue servieren lassen. Die gesamte Fassade des alleinstehenden Gebäudes im Fachwerkstil wurde mit dutzenden Farbbeuteln beworfen und der Pächter persönlich verwarnt.(23.7.94).

Am 1o.9.94 besuchte ein KGK-Kommando den Mietspekulanten Dietrich Borst in der Zehlendorfer Klisto-Strasse 38. Er ist verantwortlich für die heisse Räumung eines Miethauses in der Neuköllner Kopfstrasse. Hierdurch wurden über 70 libanesische Flüchtlinge obdachlos (Erkärung in der Interim 299). Bei der Aktion in Zehlendorf brachten wir weithin hörbar um 2Uhr 20 einen Sprengkörper zur Explosion,der sämtliche Scheiben des Wintergartens von Borst Haus zerstörte.

NICHTS WIRD VERGESSEN,NICHTS VERGEBEN - DIE PROLETARISCHEN SELBSTVERTEIDIGUNGSGRUPPEN WERDEN SPEKULANTEN UND IHRE HANDLANGER ZUR RECHENSCHAFT ZIEHEN !

KGK - KLASSE GEGEN KLASSE

Der große Zapfenstreich

Am 8.September 94 fand vor dem Brandenburger Tor die offizielle Verabschiedung der West-Alliierten statt. Das war ja an sich nichts besonderes, es gab ja schließlich in diesem Zusammenhang dutzende Veranstaltungen. Neu war allerdings, daß dieses Militärspektakel mit einem großen Zapfenstreich der Bundeswehr endete. Die Bundeswehr ließ es sich auch nicht nehmen, wie damals die Nazis, mit Fackeln in einer gespenstischen Inszenierung zum Brandenburger Tor zu ziehen. Die Botschaft war eindeutig: Ihr (die Alliierten) geht, wir (die Bundeswehr) kommen (wieder). Hier sollte offensichlich der Schlußpunkt unter das schlechte Gewissen wegen der Nazi-Vergangenheit gesetzt werden. Der Abzug der Alliierten symbolisiert die wiedergewonnende Souveränität des deutschen Staates und damit fallen offensichlich die letzten Hemmungen auch an Nazitraditionen anzuknüpfen. Wir sehen hier eine Linie von der Diskussion um die Neue Wache und den 20. Juli zu diesem Militäraufmarsch.
Gründe genug sich mit dieser Veranstaltung zu beschäftigen und dagegen zu protestieren.
Das war zunächst schwierig. In Presse wurde der Zapfenstreich lange Zeit nur am Rande erwähnt, und so war es nicht so einfach, die Brisanz dieser Veranstaltung zu erkennen und deutlich zumachen. Es bildete sich dann ein Bündnis, die AG Zapfenstreich, in dem neben uns (AOK) diverse Gruppen, u.a. Kampagne gegen die Wehrpflicht, Hummel-Antifa, Anti-Milis, AG Junge Genossen und noch einige andere mitarbeiteten. Es wurde beschlossen, eine Demo vom Roten Rathaus zum Brandenburger Tor zu machen. Als diese verboten wurde, wurde trotzdem dahin mobilisiert, um die Geschichte am Brandenburger Tor nicht ungestört stattfinden zu lassen. Neu an dem Demoverbot war, daß es sich auf den gesamten Bezirk Mitte bezog und so auch von den Verwaltungsgerichten bestätigt wurde.
Was dann von unserer Seite am 8. September stattfand, muß wohl als Flop bezeichnet werden. Wir schätzen, daß ungefähr 1000 Leute da waren, obwohl das schwierig zu sagen ist, da nie alle auf einem Haufen versammelt waren. Die einzige Störaktion, die gelaufen ist, war vor dem Roten Rathaus, wo die an- und abfahrenden Bonzen mit Pfiffen und Parolen bedacht wurden. Das Militärspektakel am Brandenburger Tor konnte nicht gestört werden. Die Staatsmacht hatte mächtig aufgefahren und weiträumig abgesperrt. Es liefen zwar einige Leute von uns in der Gegend herum, aber alle Versuche sich zu sammeln oder zu stören wurden massiv unterbunden. So ist, außer ca. 80 Festnahmen, fast nichts passiert. Von Leuten, die mit Einladungskarten im abgesperrten Bereich waren, wurde aber berichtet, daß manches von den Störversuchen auch da, wenn auch schwach, zu hören war. Außerdem haben sich zwei Leute getraut mitten in der Schweigeminute Parolen zu rufen, wurden dann aber sofort festgenommen.

Bewertung und Perspektiven
Es ist nicht gelungen, den Aufmarsch der Bundeswehr am Brandenburger Tor politisch anzugreifen. Es gab kaum kritische Anmerkungen in der Presse dazu. Es war allerdings auch nicht so leicht herauszuarbeiten, daß es uns allein um den Zapfenstreich und den Fackelzug der Bundeswehr ging, und nicht darum, die Alliierten anzugreifen. Also die politische Bedeutung dieses Spektakels öffentlich zu machen. Es gab eben keinen "Skandal" wie z.B. bei der Diskussion um die Neue Wache.
Die Aktionen selber war eine Flop, obwohl die Mobilisierung nicht so schlecht war, es hatten offensichlich einige Leute Interesse an dem Thema. Nur ist es nicht gelungen mit der Situation des Demoverbots umzugehen, diese Möglichkeit ist auch im Vorfeld zu wenig diskutiert worden. Es fehlt im Augenblick daran, daß

Gruppen und Zusammenhänge sich auf Aktionen vorbereiten und sich überlegen, was sie jenseits einer Demo tun können. Mit etwas Fantasie wären vielleicht auch Störaktionen denkbar gewesen, die keiner Masse die sich versammeln kann bedurft hätten.
Neu war, daß ein Demoverbot sich auf einen ganzen Bezirk (Mitte) bezieht. Hier bahnt sich eine Entwicklung an, im Zuge der Hauptstadtentwicklung, die Innenstadt bei Staatsakten zur No-Go-Area zu machen. Und das ist etwas, was alle betrifft, die in dieser Stadt Widerstand leisten wollen. Hierzu müssen wir uns etwas überlegen, wir können uns das Protestieren nicht einfach verbieten lassen. Entweder müssen wir versuchen, unsere Demos durchzusetzen, oder uns andere Sachen ausdenken, die einen Protest möglich und sichtbar machen. Es geht ganz einfach darum, ob wir hier noch mehr an Terrain verlieren oder der Widerstand hier weiter möglich und auch sichtbar ist. Es wird in Berlin in Zukunft mehr Anläße zu Protest geben, als uns vielleicht lieb ist. Und es wird auch verschärfte Sicherheitsvorkehrungen geben. Wichtig ist, nicht dagegen abzustumpfen (Nach dem Motto: Es passiert doch jeden Tag irgendeine Schweinerei, warum soll ich ausgerechnet dagegen etwas tun), und auch sich nicht abschrecken zu lassen. Das ist natürlich auch eine Frage der Masse: Je mehr Leute bereit sind, zu einer Aktion zu kommen, desdo höher wird für die Herrschenden der Preis und die Unkalkulierbarkeit z.B. eines Demoverbots.
Wir denken, daß es richtig war den Zapfenstreich der Bundeswehr zum Anlaß zunehmen, dagegen zu protestieren. Das war eben nicht irgendeine Veranstaltung von vielen zur Verabschiedung der Alliierten. Hier wird die deutsche Geschichte entsorgt und in Zeiten, in denen eine deutsche Armee erstmals wieder außerhalb des eigenen Landes eingesetzt werden soll, unbekümmert ein souveränes unbelastetes Deutschland präsentiert. Wir denken, daß die Gegend um Brandenburger Tor und Reichstag in nächster Zeit noch öfter zu nationalistischer Aufmärschen und Feiern benutzt werden wird. Und das bei dem gleichzeitigem Versuch, das künftige Regierungsviertel protestfrei zu halten. Hier müssen wir aufmerksam sein und gegebenfalls wieder intervenieren. Auch ein Mißerfolg wird uns nicht davon abhalten, es wieder zu versuchen.

AOK

Kurze Buchbeschreibung :

Kameradinnen - Frauen stricken am braunen Netz

Herausgeberinnen : Fantifa Marburg

Vor dem Hintergrund, daß Neofaschismus eben keine reine Männersache ist, sondern FrauenLesben auf vielfältige Art und Weise rassistisches und faschistisches (und auch sexistisches) Gedankengut reproduzieren und unterschiedlichste Aufgaben und Funktionen im "braunen Netzwerk" übernehmen, ist es wichtig ihre Täterinnenschaft sichtbar zu machen. FrauenLesben mischen mit - in den ideologiebildenden Zirkeln der "Neuen Rechten", als Funktionärinnen von Parteien wie REP's, DVU und NPD, in der "Braunzone" von Esoterik und "Neuheidentum" und in illegalen Kaderorganisationen wie der GdNF (Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front).
Das Buch dokumentiert die von der Fantifa Marburg im Januar 1994 durchgeführte Veranstaltungsreihe. Es beleuchtet die Spannbreite der Beteiligungsmöglichkeiten politischer Aktivistinnen am "rechten Rand ", und versucht damit Diskussionsansätze zu geben und darauf aufbauend Strategien der Gegenwehr zu ermöglichen.
Das Buch erscheint Ende Oktober im Unrast-Verlag.



VERHINDERN WIR DIE FREISETZUNG GENTECHNISCH MANIPULIERTER RÜBEN UND KARTOFFELN!

Das Geschäft mit der Gentechnologie und ihr Ausbau zur Gentechnik, einem internationalen industriellen Komplex mit neuen, auf biologischen Vorgängen fussenden Techniken ist ersteinmal nichts neues. Neu ist die Qualität und Quantität mit der dieser Komplex, in diesem Jahrzehnt zu einem Stützpfeiler einer neuen Blüte von Technik und Kapital ausgebaut wird.

Besonders die Chemie- und Pharmaindustrie (z.B: Bayer, Schering, Hoechst, Hofmann »La« Roche, u.a.), große Multis (z.B. Shell), aber auch kleinere sogenannte " Verwertungsfirmen ", meist ein Gen oder Bio im Namen führend, sind dabei Produkte für die Märkte der Zukunft zu entwerfen. Umprogrammierung der lebenden Zellen eröffnet neue Zukunfschancen tönt es aus den Führungsreihen der Konzerne. Staat und Industrie stürzen sich in sogenannte gemeinsame Anstrengungen, auf Gentechnik als Förderungsschwerpunkt, den Ausbau von "Verbundforschung und die Umschichtung von Kozerninvestitionen.
So spendierte das Bundesforschungsministerium 100 Mio DM, verteilt auf 5 Jahre, um die Genomforschung auf eine leistungsfähige methodisch-technische Grundlage zu stellen. Die Ergebnisse fließen in neue Produktions- und Verfahrensentwicklungen der Bereiche Pharma und Landwirtschaft ein. Hierbei wird die Landwirtschaft als der Innovations - und Wachstumsbereich angesehen, wobei nicht die Biosphäre im Vordergrund steht, sondern das große Pestizid - und Saatgutgeschäft.

In diesem Zusammenhang sind auch eine Vielzahl der Freisetzungsversuche zu sehen, die derzeit in verschiedenen Bundesländern durchgeführt werden.
Wurde 1990 lediglich ein einziger Freisetzungsversuch (in Köln) durchgeführt, so erweiterte sich die Versuchreihe 1993 schon auf eine Zahl von 4, Tendenz steigend. Die Tabelle der letztem Interim gib einen guten Überblick über schon laufende und geplante Versuchsreihen. Erstmalig ist ein Versuch mit gentechnisch manipulierten Mikroorganismen im Raum Brandenburg und Braunschweig geplant.

In den letzten Monaten gab es einige Aktionen, die die Ruhe der ForscherInnen erheblich störten und die Konzerne aus ihrem Sesseln hervorlockten. Einige Millionen Verluste durch Zerstörung der Versuchsreihen, Unsicherheiten der Forschenden und Investoren, als auch aufkommende Diskussionen über Risikofaktoren der Gentechnologie, eine Bilanz nicht im Sinne der Technokraten.

Machen wir es ihnen also noch ein wenig unbequemer, auch wenn wir momentan nicht vor revolutionärer Kraft strotzen, so leicht sollen sie es mit uns nun doch nicht haben.

Anschlag

Feuer zerstört Gen-Rüben

pid GÖTTINGEN, 13. Juli. Unbekannte Täter haben einen Teil der genmanipulierten Zuckerrübenpflanzen zerstört, die auf einem Versuchsfeld der Kleinwanzlebener Saatzucht (KWS) in Wetze im Landkreis Northeim wachsen. Wie die Polizei am Mittwoch mitteilte, haben die Täter bereits am Wochenende den Zaun rund um das Versuchsgelände an einer Stelle durchschnitten und dann in einem der Rüben-Folienhäuser Feuer gelegt. Dabei wurden viele Pflanzen zerstört. Hinweise auf die Täter gibt es bisher nicht.

Gegen erheblichen Widerstand von Genversuchsgegnern hatte die KWS im vergangenen Jahr damit begonnen, genveränderte Zuckerrübenpflanzen auszubringen, die gegen das sogenannte Rizzomania-Virus resistent sind.

wir haben in der nacht zum montag, dem 8.8.94, den etwa 50 qm großen mit genmanipulierten kartoffeln bepflanzten acker des max-planck-institutes (mpi) für züchtungsforschung, carl-von-linne-weg 10, 50829 köln, mit einer stark überdosierten menge handelsüblichen unkrautvernichters behandelt. wir wollen damit die auswertung des experimentes unmöglich machen.
einer der köpfe der grünen revolution ist das mpi. grüne revolution steht für industrialisierte landwirtschaft, die mit hohem technischem, chemischem und energetischem aufwand zunächst hohe erträge erzielt. sie ruiniert dabei die besten böden in aller welt und dient im wesentlichen dazu die unersättliche gier des reichen nordens zu stillen. um den ertrag zu halten muß immer wieder mehr dünger und pestizide zugeführt werden.
gentechnologie bietet keinen ausweg. sie macht neue pflanzen, deren giftigkeit bewußt fahrlässig nicht getestet wird. durch absolute genetische identität werden diese pflanzen noch anfälliger gegen krankheiten, schädlingsbefall und witterungseinflüsse. erhöhter pestizideinsatz würde die folge sein. dem haben wir einen riegel vorgeschoben.
niemand will gentechnik im essen. glaubt das endlich.

die resistenten blattrollvireninnen

TABAKPFLANZE AUS DER RETORTE!

Der französische Zigarettenhersteller Seite wird seine Gauloise künftig aus manipuliertem Tabak herstellen. Ein zusätzliches Gen schützt die Pflanze vor dem Unkrautvernichtungsmittel Bromoxynil, das von dem Pharmakonzern Rhone-Poulenc hergestellt wird. Elf der zwölf Mitglieder der Europäischen Union stimmten der Kommerzialisierung der ersten genmanipulierten Pflanzen jetzt zu. Lediglich Dänemark lehnte ab. Kritiker befürchten jetzt, daß die europäischen Tabakbauern künftik Bromoxynil in großen Mengen verwenden, weil sie sicher sein können, daß die Tabakpflanzen aus der Retorte keinen Schaden nehmen.

Greifen wir gemeinsam nach den Sternen

Aufruf zu Gegenaktivitäten zum Essener Gipfel der Europäischen Union

Am 09./10. Dezember treffen sich die 12 Regierungschefs der Europäischen Union (EU) zu ihrem halbjährlichen Gipfeltreffen. Als Höhepunkt des bundesdeutschen EU-Vorsitzes wird der Stadt Essen die zweifelhafte Ehre zuteil, diesen Akt mit einem kostspieligen Begleitprogramm und aufgeblähten Medienspektakel auszutragen.

Der Essener Gipfel wird sich im wesentlichen mit folgenden Themen beschäftigen:
- Unter der Vorgabe, den europäischen Arbeitsmarkt zu fördern, sollen weitere Grundlagen zur Senkung der Lohnkosten und Sozialleistungen sowie zur Beschneidung sozialer Standards geschaffen werden.
- Mit dem "Essener Vertrag" soll die Aufnahme weiterer europäischer Länder in die EU vollzogen werden. Es geht dabei zunächst um Österreich, Schweden, Finnland und Norwegen. Es geht um die konsequente Weiterführung des Integrationskonzeptes, das zwei grundlegende Ziele hat:

Zum einen soll durch die Herausbildung eines politischen Blokkes die weltpolitische Handelsfähigkeit der EU gestärkt werden. Zum zweiten soll die ökonomische Stellung der EU gesichert und ausgebaut werden - durch Sozialabbau und auf Kosten der Dritten Welt, des Ostens und der Umwelt.

Was "Wachstum" heißt und wo das Soziale bleibt

Im Vordergrund des Binnenmarktes stehen die Konzerne und die Erzielung von größtmöglichen Gewinnen. Das versprochene "Wachstum" bezieht sich nur auf Kriterien wie mehr Waren, mehr Umsatz, mehr Produktivität. Jüngstes Beispiel sind die transnationalen Netze (Strom, Verkehr, Kommunikation), welche die Bundesregierung während ihrer Präsidentschaft im EU-Ministerrat bis Dezember auf den Weg bringen will.

Fortgesetzt werden die Zerstörung der Umwelt, die Auslagerung von ökologischen und sozialen Schäden des EU-Wirtschaftens in andere Weltregionen sowie die Verbreitung sozialer Ausgrenzung. Gewerkschaftlich erkämpfte Rechte werden unterhöhlt, Arbeitsverhältnisse dereguliert. Mit offiziell 17 Millionen Arbeitslosen war die Erwerbslosigkeit in der EU noch nie so hoch wie im zweiten Jahr des Binnenmarktes. Ungesicherte und prekäre Jobs haben sich explosiv vermehrt und werden nach sexistischen und rassistischen Kriterien zugeteilt: Die dreckigsten und gefährlichsten Arbeiten "dürfen" Frauen und EinwanderInnen ausüben.

Die Kritereien der Wirtschafts- und Währungsunion setzen eine rigide Sparpolitik und Sozialkürzungen bei den öffentlichen Haushalten voraus. Die BRD hat ihr Konzept von Stabilitätspolitik und DM-Dominanz durchgesetzt. Bei der vermeintlichen "Beschäftigungsinitiative" setzt die deutsche Präsidentschaft auf die "Selbstheilungskräfte des Marktes"; durch Streichen von Sozialleistungen sollen die weltweite Konkurrenzfähigkeit und die Profite der EU-Konzerne weiter erhöht werden. Befördert wird dies durch eine Offensive im Bereich der sogenannten "Hochtechnologie":
- Der Einsatz gentechnischer Verfahren wird von der EU liberalisiert und durch aufwendige Forschungsprogramme beschleunigt.
- Neue Atomreaktorlinien sollen europaweit ans Netz gehen.
- Hochgeschwindigkeitszüge und der Transrapid schlagen neue Trassen durch die Landschaft.

Die EU in der Kontinuität des europäischen Kolonialismus

Die EU-Staaten praktizieren eine aggressive Außenpolitik, die ihre Rohstoffe, billige Arbeitskräfte im Ausland sichern und den Zugang zu Märkten erzwingen soll. Dies betrifft in erster Linie die Menschen in der "Dritten Welt", sei es durch die Rohstoffpolitik der EU, die Abschottung gegen Importe oder ihre Unterstützung diktatorischer Regimes. Im neuen Welthandelsabkommen festigte die EU gemeinsam mit den USA und Japan ihre weltwirtschaftliche Herrschaftsrolle. Um die aggressive Außenpolitik auch in Zukunft durchzusetzen erhält die EU durch den Ausbau der Westeuropäischen Union (WEU) einen eigenen militärischen Arm, der überall in der Welt intervenieren können soll. Schon im Golfkrieg 1991 operierte eine europäische Flotte unter einem WEU-Kommando. Und da die Türkei assoziiertes Mitglied der WEU ist, ist die EU auch faktisch kriegführende Partei in Kurdistan. Einzelne Mitgliedsländer beteiligen sich durch Waffenlieferungen und Finanzhilfen am Vernichtungskrieg des türkischen Staates.

Formierung der EU nach innen und Abschottung nach außen

Zur Stabilitätssicherung nach innen dient der Aufbau einer europäischen Polizei und eines europaweiten Informationssystems. Ziel ist insbesondere die Kontrolle derjenigen, die vor den weltweiten Auswirkungen der EU-Politik nach Europa flüchten wollen. AusländerInnen und Flüchtlinge werden ausgegrenzt, kriminalisiert und als billige Arbeitskräfte ausgenutzt. Die sogenannten "Nicht-EU-BürgerInnen" werden weiterhin zu Menschen zweiter Klasse gemacht. Die angeblichen "Grundfreiheiten" des Binnenmarktes wie Freizügigkeit der Binnemarktspersonen gelten z.B. für sie nicht.

Die EU als Herrschaft der Wenigen

Das Konzept der EU hat ein unübersehbares Defizit in Sachen Demokratie. Die Entscheidungen werden vom Ministerrat getroffen, das Europäische Parlament und sogar die Parlamente der Mitgliedsstaaten sind zweitrangig. Die Regierungen als Exekutive in den Mitgliedsstaaten machen sich als EU-Legislative die Gesetze, die sie uns dann als EU-Sachzwang verkaufen. Dort betreiben sie aktiv die EU-Politik und hier erklären sie sich als nicht mehr zuständig. Legitimation und Kontrolle dieser Strukturen sind kaum möglich.

Großmacht BRD in der EU und nicht trotz der EU

Was die BRD betrifft, so bedeutete die EG/EU keineswegs deren Einbindung in eine europäische Friedensordnung. Die EG verhalf der BRD vielmehr von Anfang an dazu, zum militarisierten NATO-Mitglied zu werden. Nicht trotz, sondern mittels der EU verfolgt die BRD ihre Großmachtpolitik.
Zweifellos verfügt die BRD über eine führende Rolle in der EU. Die Einführung der Währungsunion - Sitz der Europäischen Zentralbank wird Frankfurt - wird diese Rolle stärken, ebenso der Beitritt Österreichs zur EU. Es gibt schon länger Stimmen, die am alten "Mitte-Europa-Konzept" anknüpfen, und den deutschen Sprachraum zum entscheidenden Machtblock in der EU ausbauen wollen. Auch Vorstellungen von einem "Kerneuropa" zielen auf die Stärkung einer deutschen Führungsrolle.

Die EU übernimmt all die negativen Merkmale des Nationalstaates; sei es die Repression und Normierung nach innen oder die Agressivität nach außen. Internationalistische Kritik an der EU richtet sich gleichermaßen gegen einzelstaatlichen Nationalismus, wie gegen europäischen Chauvinismus. Unsere Solidarität hört nicht an den Grenzen "Europas" auf, sondern verbindet sich mit denen, auf deren Unterdrückung die Festung Europa gegründet ist.

Greifen wir gemeinsam nach den Sternen!

Gegen das Abfeiern dieser EU-Politik auf dem Gipfeltreffen in Essen wollen wir unseren Protest lautstark auf die Straße tragen. Es ist an der Zeit, unsere Perspektiven gegen dieses Europa zu entfalten.

In diesem Sinne rufen wir zu einem EU-Gegengipfel in Essen und zu Aktionen zur EU-Ministerratstagung vom 9. bis 11. Dezember 1994 auf!

gegen iwf- und weltbanktagung in spanien. madrid vom 1. bis 5.oktober

kommt massenhaft, protestiert, verhindert, blockiert! lassen wir die herrschenden nicht zur ruhe kommen!

vom 26.9.94 bis einschließlich 31.9. hat ein breites bündnis einen **intenationalen gegenkongreß** vorbereitet. allerdings beschäftigt er sich leider mehr mit analysen der situation denn mit aussichten unseres kampfes. es kommen aber referentinnen aus der ganzen welt, ua. rigoberta menchu.

kommt zur **zentralen gegendemonstration** am 2.10.94, 12.00 uhr, madrid, vom plaza cibeles zum plaza mayor;
treffpunkt für autonome: 11.30 uhr, calle alcal ecke calle barquillo;

außerdem gibt es in diesem tagen unzahlige dezentrale aktivitäten, (zb. casarolladas am 29.9. -züge durch die stadtviertel, um auf die aktuellen ereignisse aufmerksam zu machen), konzerte, märsche etc.

zentrale informationsstelle für ~~deutsche~~ ist eine szene kneipe, dort spricht auch jemand deutsch:
tel. 0034/91/5272295, zwischen 19.00 und 24.00 uhr;

für schlafplätze in besetzten häusern oder einzelnen wohnungen ist gesorgt!

gegen die herrsohende ordnung der welt - bleiberecht für alle. bis jede grenze fällt!

Wahlen ändern nix Organisiert Euch selbst!

Am 8.10.1994 findet in Berlin eine von einem breiten Bündnis organisierte Demo unter dem Motto "Keine Faschisten und Rassisten in die Parlamente" statt. Wir, als Antifa Jugendfront, die diese Demo hauptsächlich initiiert haben wollen mit dem Flugblatt, das Du gerade in der Hand hältst, unsere Inhalte und Beweggründe für diese darstellen.

Die Demo findet im Vorfeld der Bundestagswahl am 16.10. statt und richtet sich vor allem gegen den Einzug von faschistischen Parteien in den Bundestag, doch auch gegen die derzeitige gesellschaftliche Situation, die dieses erst möglich macht: seit Mitte der 80er Jahre und besonders seit der Wiedervereinigung ist ein Rechtsruck durch die Gesellschaft gegangen. Dieser zeigt sich nicht nur in der starken Zunahme neofaschistischer Aktivitäten und Anschläge, sondern auch in der Politik der etablierten Parteien. Das beste Beispiel dafür ist die faktische Abschaffung des Asylrechts, womit rassistische Anschläge legitimiert und jahrelange Forderungen von faschistischen Parteien, wie Republikanern und Deutscher Volksunion (DVU), durch CDU, FDP, SPD umgesetzt wurden. Auch in diese Reihe gehören das "Asylbewerberleistungsgesetz", die Einrichtung von Sammellagern für Flüchtlinge und rassistische Diskriminierung durch Ausländerbehörden und Polizei, wie derzeit in Berlin und Hamburg öffentlich geworden. Zudem machen Teile der etablierten Parteien FaschistInnen wieder salonfähig indem sie (mit ihnen) ihre Inhalte diskutieren und einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich machen. Dieses wäre vor einigen Jahren noch undenkbar gewesen und hebt z.B. den Geschichtsrevisionismus (Auschwitzlüge und Infragestellung der deutschen Kriegsschuld) auf eine neue Ebene und verleiht ihm eine mögliche Ernsthaftigkeit.

VIVA ANTIFA

Wahlen ändern nix - Organisiert Euch selbst!



Zum IWF-Kongress findet am 3.10. auch eine Demo in Berlin statt. Mehr wissen wir auch nicht.

Aktionsbündnis gegen Großdeutschland

Verhindert das Nazi-Treffen in Innsbruck!

Am 22. Oktober 1994 wollen sich in Innsbruck mehr als 3.000 Südtirol-Terroristen, Neonazis und Burschenschafter aus Deutschland, Österreich und Südtirol zum "Gesamttiroler Freiheitskommers" versammeln, um einmal mehr die Landkarte Europas neu zu zeichnen. Verhindern wir, daß diese Brandstifter in der Rolle der Biedermänner bei Politik und Öffentlichkeit um Unterstützung für ihre revanchistischen Pläne werben können!

Seit Monaten rüsten rechtsextreme Burschenschafter und Südtirol-Terroristen aus dem Umfeld der verbotenen NDP für den sogenannten "Gesamttiroler Freiheitskommers", der am 22. Oktober in Innsbruck mit einem Aufmarsch im Stadtzentrum beginnen soll. Sollte dieses Vorhaben gelingen, wäre es der größte Nazi-Aufmarsch des Jahres 1994 im gesamten deutschen Sprachraum.

Daß ausgerechnet die Fremdenverkehrs-Metropole Innsbruck zum Schauplatz dieses Vorhabens auserwählt wurde, hat einen guten Grund: nirgendwo sonst erfreuen sich die selbsternannten "Freiheitskämpfer" für ein neues Großdeutschland derart massiver Unterstützung durch Politik und Medien. Bei der letzten Großveranstaltung dieses Spektrums in Innsbruck 1984 sprach der damalige FPÖ-Justizminister *Harald Ofner*. Dem Führer der verbotenen NDP und Terroristen-Chef *Norbert Burger* applaudierten die Versammelten minutenlang - und der damalige Landeshauptmann *Eduard Wallnöfer* hatte den Ehrenschutz übernommen. Der andere Hauptredner, "Schützenhauptmann" *Jörg Pircher*, wurde ein Jahr später mit dem "Andreas-Hofer-Preis" der faschistischen "Deutschen Nationalzeitung" ausgezeichnet.

Der sogenannte "Freiheitskampf" der Neonazis, der am 22. Oktober abgefeiert und begossen werden soll, hat seit 1960 in Italien über 30 Menschenleben gekostet. Die Killer und Drahtzieher von damals haben mittlerweile erkannt, daß sich auch mit Appellen an österreichische PolitikerInnen und Provokationen einiges erreichen läßt. Es ist bestimmt kein Zufall, daß die in Italien verurteilte Nazi-Terroristin *Karola Unterkircher* ausgerechnet jetzt jenseits der Grenze "spazieren" ging, um verhaftet zu werden.Gerade dieses Milieu hat eine lange Tradition darin, seinen Kampf für "Ein Tirol" durch Schaffen angeblicher "MärtyrerInnen" ins rechte Licht zu rücken: hier soll einmal mehr die österreichische Außenpolitik für die Ziele der Neonazis eingespannt werden.

Insbesondere die Reaktion des ÖVP-"Außenpolitikers" *Andreas Khol* und von Bundeskanzler *Franz Vranitzky*, die beide im Gefolge der Unterkircher-Affäre eine Amnestie für die hinterhältigen Südtirol-Attentäter aus der Burger-Schule verlangten, zeigt auf, daß diese Strategie der braunen Provokateure auch heute noch erfolgreich sein kann. Hier sollte ein Aufhänger für das Nazi-Treffen am 22. Oktober geschaffen werden, der es auch bürgerlichen Politikern ermöglicht, in den wehleidigen Chor der Revanchisten und Großdeutschland-Fanatiker einzustimmen.

Der diesjährige "Freiheitskommers", unter dem vielsagenden Motto "Europa im Umbruch" angekündigt, wird maßgeblich von der Innsbrucker Nazi-Burschenschaft "Brixia" veranstaltet. "Brixia"-Recken waren u.a. 1961 an der Schändung eines jüdischen Friedhofes beteiligt. 1989 versuchten sie, einen Vortrag des Fascho-"Historikers" *David Irving* zu organisieren, wobei sie am Widerstand der Antifas scheiterten. Der "Brixe" *Hans Georg Ley* war im Zusammenhang mit den Briebomben inhaftiert.

Für den "Festausschuß" macht sich ein gewisser *Franz Watschinger* wichtig, Sohn eines "Brixia"-Altterroristen und Redakteur des Blattes für den Neonazi mit Latinum, die berüchtigte "Junge Freiheit". Auch die restlichen "veranstaltenden Verbände" können auf eine lange Tradition eindeutig nazistischer Betätigung zurückblicken: so der "Ring Volkstreuer Verbände", die "Deutsche Burschenschaft" und der "Wiener Korporationsring", dessen Sprecher bis Ende 1992 kein geringerer als der Briefbomben-Attentäter *Franz Radl* war.

Gegen die nazionalen Männerbünde!
Kampf den revanchistischen Gelüsten zur "Neuordnung Europas"!

BUNDESWEITE DEMONSTRATION
Samstag, 22. Oktober 1994, 12 Uhr
Innsbruck, Landhausplatz

Aktionsbündnis gegen Großdeutschland
MHV: Giovanna Lottadura, 1060 Wien



Gruppe Blauer Montag/Arbeitsgruppe Staatlicher Arbeitsmarkt
Hamburg, Juni 1994

Überlegungen zur Umstrukturierung des 2. Arbeitsmarktes und zur Zwangsarbeit[1]

Der folgende Text hat eher den Charakter eines Thesenpapiers. Er soll ein - durchaus kritischer - Beitrag zur Zwangsarbeitskampagne sein, wie sie z.Z. bei Erwerbslosen- und JobberInnengruppen diskutiert wird. Wir versuchen hier, die neuen Zwangsarbeitselemente in den Novellen von BSHG und AFG in eine allgemeine Umstrukturierung sowohl des 1. als auch des 2. Arbeitsmarktes einzuordnen und dabei in ihrer Bedeutung genauer zu bestimmen. Auf einen für uns durchaus wesentlichen Aspekt bei der gegenwärtigen Umgestaltung des 2. Arbeitsmarktes gehen wir in diesem Zusammenhang nicht näher ein, nämlich auf die in steigendem Maße sozialtherapeutische und medizinische Herangehensweise an das gesellschaftliche Phänomen Erwerbslosigkeit. Dabei wird Erwerbslosigkeit und Armut zu einer individuellen Krankheit bzw. zu einem Ergebnis individuellen Fehlverhaltens oder "Sozialisationsmängel". Diese Tendenz, die mit der sog. "Zielgruppenorientierung" sowohl von "aufgeschlossenen" Sozialverwaltungen als auch von Sozialpädagogen und Beschäftigungsprojekten transportiert wird, wird am Beispiel Hamburgs ganz gut in der "quer", vom Mai 1994 beschrieben und soll hier nicht zum Thema gemacht werden.

1. Die Umstrukturierung des sog. 2. Arbeitsmarktes zu einem verstärkt autoritär-repressiven Disziplinierungsinstrument zur Erzwingung von Arbeit geht einher mit einer Verschärfung des allgemeinen ökonomischen Zwangs zur Arbeit im Zuge eines auf alle gesellschaftlichen Bereiche ausgeweiteten Marktradikalismus. **Eine Erhöhung der Arbeitsproduktivität und die allgemeine ideologisch und auch materiell durchgesetzte Arbeitspflicht auch für "Unproduktive" sind zwei Seiten einer Deregulierungsmedaille.**

2. In allen OECD-Ländern wird die ökonomische Krise als Krise der Produktivität diskutiert, die über eine Verbilligung der Ware Arbeitskraft und eine Verschärfung des ökonomischen Zwangs zur Arbeit gelöst werden soll. Auf dem "Arbeitsmarktgipfel" der G 7 - Staaten waren sich bei allen unterschiedlichen Ausgangsbedingungen die westlichen Industriestaaten in der groben Linie einig: Der Angriff auf die Klasse findet auf drei Ebenen statt
   a) Reduktion der Löhne;
   b) Flexibilisierung des Arbeitseinsatzes
   c) Abbau der Sozialeinkommen und der Soziallöhne

3. Während Vollbeschäftigung im Sinne von unbefristeter Arbeit mit Erwerbseinkommen, die sowohl für die einzelnen ArbeiterInnen als auch ihre Familien eine menschenwürdige Teilhabe am gesellschaftlichen Leben garantieren und zu Bedingungen, die den Verschleiß der Ware Arbeitskraft zumindest einigermaßen begrenzen, ad acta gelegt wird, werden gleichzeitig verstärkt niedrig entlohnte, befristete und anderweitig ungesicherte Beschäftigungsverhältnisse geschaffen. Dieser Gesellschaft geht also keineswegs die Arbeit aus, sondern es sind vielmehr diese ungesicherten und niedrigentlohnten Beschäftigungsverhältnisse, in denen die Ware Arbeitskraft verstärkt verwertet wird.

4. Die Aufspaltung des ersten Arbeitsmarktes in verschiedene und hierarchisierte (vielfach auch ethnisch hierarchisierte) Segmente schreitet voran. Sowohl innerhalb von Sektoren als auch innerhalb von Branchen oder gar Betrieben gibt es Inseln höchster Produktivität und relativ hoher Einkommen und immer größere Bereiche unsicherer, befristeter, niedrig entlohnter Arbeit. In Verbindung mit gekappten Soziallöhnen, steigenden Steuern, Abgaben, Preissteigerungen etc. sichern die Erwerbseinkommen im ersten Arbeitsmarkt immer weniger die Existenz der ArbeiterInnen und ihrer Familien. Der ökonomische Zwang zur Arbeit nimmt zu, Erwerbslosigkeit kann sich kaum noch jemand leisten, Zweit- und Drittjobs werden immer notwendiger.[2]

5. Zumindest in der Bundesrepublik findet diese Deregulierung im Rahmen tariflicher Regelungen statt. Die Aushöhlung und Flexibilisierung der Standards, unter denen gesellschaftlich notwendige Arbeit geleistet wird, ist tariflich geregelt. Die Gegenüberstellung tarifliche Arbeitsbedingungen - unter-/außertarifliche Arbeitsbedingungen ist somit bereits für den sog. ersten Arbeitsmarkt schnell irreführend. "Tarif" ist kein Wert an sich.

6. Staat und Kapital propagieren die Deregulierung der Arbeitsbeziehungen und die Entwertung der Ware Arbeitskraft ganz offen. "Kollektiver Freizeitpark", "Anspruchsmentalität", "unsolidarisches Verhalten der Arbeitsplatzbesitzer" sind gängige Figuren bis in die SPD und Gewerkschaften oder die GRÜNEN hinein. Diese ideologische Offensive hat zwei Funktionen:

   a) Arbeit an sich wird zum Wert an sich; Diskussionen über Qualität, Normen und Entlohnung gesellschaftlich notwendiger Arbeit werden genauso tabuisiert wie die Frage, was denn gesellschaftlich notwendige Arbeit sein soll.. Die Arbeitsgesellschaft wird zur offenen Norm erhoben.
   b) Es wird ein repressiver Grundton gelegt: Wer die Arbeitsgesellschaft in Frage stellt oder sich weigert, jede Arbeit um jeden Preis anzunehmen und stattdessen auf bestimmten Normen von Arbeitsbedingungen, Entlohnung und Sozialeinkommen beharrt, läuft schnell Gefahr, als "Sozialschmarotzer" stigmatisiert zu werden. Mit der Ächtung und

---

[1] Wir vertreten die Auffassung, daß mit dem Begriff "Zwangsarbeit" äußerst sorgfältig umgegangen werden sollte, um nicht fahrlässig falsche Analogien herzustellen oder an der gesellschaftlichen Entwicklung vorbei zu agitieren. Insbesondere muß zwischen Zwangsarbeit und dem ökonomischen Zwang, zur Sicherung der Existenz arbeiten gehen zu müssen, klar unterschieden werden. Auch wenn es innerhalb der Gruppe Blauer Montag unterschiedliche Positionen gibt, wird im folgenden Text durchaus von "Zwangsarbeit" gesprochen. "Zwangsarbeit" wird hier ausdrücklich weiter als im Sinne der strafrechtlichen Erzwingung von Arbeit und ihrer militärischen, knast-, lager oder anstaltsmäßigen Organisierung gefaßt. Eine solche Beschränkung des Begriffs auf frühkapitalistische, faschistische oder stalinistische Bedingungen verdeckt, daß die zur Not auch staatlich organisierte Erzwingung von Arbeit aus ökonomischen und/oder disziplinierenden Kalkülen auch unter den Bedingungen des "normalen" Kapitalismus gang und gebe ist und die Kehrseite des stummen Zwangs der ökonomischen Verhältnisse ist. In diesem Sinne liegen Formen von Zwangsarbeit immer dann vor, wenn mit außerökonomischen Mitteln Arbeit zu welchen Zwecken auch immer erzwungen wird. Die Drohung, gesellschaftlich durchgesetzte Formen staatlicher Transferleistungen zu kürzen oder zu streichen, ist eine solche außerökonomische Erzwingung. "Entweder du gehst arbeiten/schreibst Bewerbungen oder ich streiche dir die Arbeitslosenhilfe/Sozialhilfe" ist als direkte Sanktionierung Zwangsarbeit, während die "bloße" Ausübung ökonomischen Zwangs über beispielweise eine Deckelung der Regelsätze keine Zwangsarbeit ist

[2] Dabei soll nicht unterschlagen werden, daß von Deregulierung **tendenziell alle** Arbeitsverhältnisse betroffen sind und Entgarantierung/Flexibilisierung nicht automatisch gleichbedeutend mit Verarmung/niedrig entlohnten Beschäftigungsverhältnissen ist. Gerade im Dienstleistungsbereich finden sich durchaus ungesicherte und entgarantierte, aber gleichzeitig sehr hoch entlohnte Beschäftigungsverhältnisse.

Tabuisierung sozialer Ansprüche wird eine Linie vorgegeben, auf der diejenigen, die auf sozialen Standards und ihrer Ausweitung oder gar auf einer menschenwürdigen Existenzabsicherung unabhängig von Leistungs- und Verwertbarkeitskriterien beharren, schnell zu neuen "Gemeinschaftsfremden" gemacht werden können.

Die Verschärfung des ökonomischen Zwangs zur Arbeit geht einher mit einer - zunächst ideologischen - Verfestigung der Arbeitspflicht. Entscheidend dabei ist, daß die Verpflichtung zur Arbeit unabhängig vom ökonomischen Nutzen, von der Produktion von Mehrwert festgeschrieben wird.

7. Der sogenannte 2. Arbeitsmarkt als unter- oder sondertariflich organisierter staatlicher Beschäftigungssektor hat mit seinem Entstehen Anfang der 80er Jahre immer mehrere Funktionen gehabt. Ausdifferenzierung, Hierarchisierung und Auslese der Erwerbslosen, Entlastung kommunaler Haushalte und verbilligte Abwicklung kommunaler Dienstleistungen, Verschleierung der Erwerbslosenstatistik sowie das "Zwischenparken" von Erwerbslosen, in der Hoffnung, sie zumindest in die ungesicherten Segmente des 1. Arbeitsmarktes integrieren zu können. Ebenso ist die Verknüpfung staatlicher Transferzahlungen und Lohnersatzleistungen mit der Drohung von Kürzungen und Streichungen in Fällen von "Arbeitsverweigerung" nichts Neues sondern von Anfang an in BSHG und AFG angelegt. Was sich zur Zeit im Rahmen der staatlichen Arbeitsmarktpolitik ändert, ist von daher vor allem eine Akzent- und Gewichtsverschiebung hin zu einer **vor allem disziplinierenden Funktion** unter Verschärfung alter und Hinzufügung neuer Formen der staatlichen Erzwingung von Arbeit.

8. Während auf der einen Seite der Einsatz und die Vernutzung der Arbeitskraft als Ware über Lohnsenkungen, verschärfte Arbeitsbedingungen und Prekarisierung ökonomisiert wird, etabliert der sog. 2. Arbeitsmarkt zunehmend die staatlich vermittelte repressive Arbeitspflicht insbesondere auch für diejenigen, die den Produktivitätsanforderungen des Produktions- und Arbeitsprozesses nicht (mehr) genügen können (oder wollen) und auf Dauer von regulärer Erwerbsarbeit ausgeschlossen sind. In diesem Sinne sind die Einsparungen bei der Bundesanstalt für Arbeit und bei den Sozialeinkommen im allgemeinen auch das Vehikel, mit dem der 2. Arbeitsmarkt zu einem immer offeneren Disziplinierungs- und Kontrollinstrument gegen Erwerbslose ausgebaut wird.

9. **Zumindest für die westlichen Bundesländer hat der 2.Arbeitsmarkt seine ökonomische Funktion verloren.** Ursache hierfür ist der nunmehr überwiegende Anteil von Erwerbslosen, die auch mit den größten Qualifizierungsanstrengungen nicht mehr für die Effizienzerfordernisse sowohl der "schlanken Produktion" als auch der "schlanken Verwaltung" zugerichtet werden können. Sicherlich wird nachwievor durch das differenzierte Instrumentarium ein Teil von Erwerbslosen ausgesiebt, deren Arbeitskraft wenigstens in prekären Beschäftigungsverhältnissen verwertet werden kann, aber dieser Teil stellt mittlerweile die Minderheit der Langzeiterwerbslosen. Im Gegensatz zum Anfang der 80er Jahre gibt es ein umfangreiches, ökonomisch motiviertes Programm, kommunale oder sonstige gesellschaftlich notwendige Arbeiten über den Eisatz billiger Arbeit über den 2.Arbeitsmarkt abzuwickeln, zumindest in den westlichen Bundesländern **nicht** mehr.

10. Verlust der ökonomischen Funktion des 2. Arbeitsmarktes bedeutet, daß diese Formen staatlich organisierter Beschäftigung **nicht** in erster Linie den Zweck haben, massenhaft billige Arbeitskraft ökonomisch zu verwerten. Dieser Beschäftigungssektor bleibt jedoch unter zwei Aspekten unter ökonomischen Verwertungsinteressen wichtig. Zum einen dient er über ein sehr differenziertes und abgestuftes Instrumentarium von Beschäftigungsformen, Anreiz- und Sanktionsmitteln der permanenten Auslese der Erwerbslosen und bildet so ein Scharnier zu den prekären Segmenten des 1. Arbeitsmarktes. Zum zweiten führt die Absenkung der Löhne in den Maßnahmen und die permanenten Kürzungen bei den staatlichen Transfereinkommen dazu, daß auch hier der ökonomische Druck erhöht wird, die Ware Arbeitskraft entweder im 2. Arbeitsmarkt oder aber verstärkt in den prekären Segmenten des 1. Arbeitsmarktes zu verkaufen (Lohnabstandsgebot im BSHG, explizit ausformuliertes Lohnabstandsgebot zum 1. Arbeitsmarkt, 80%-Löhne etc.). Von daher ist der 2. Arbeitsmarkt das Pendant zu den Deregulierungsprozessen am 1. Arbeitsmarkt.

11. Dabei gilt wie für den 1. Arbeitsmarkt auch, daß diese Deregulierungsmaßnahmen i.d.R. **nicht** außertariflich ablaufen. Vielmehr werden mit Zustimmung der Gewerkschaften Sondertarife abgeschlossen, die die Substandardisierung der Arbeit tariflich sanktionieren. Die Gewerkschaften beteiligen sich mit ihrer blinden Fixierung auf Tarife unabhängig von deren Inhalt somit aktiv an den Angriffen auf die Arbeitsbedingungen auch im 1. Arbeitsmarkt, die von diesem deregulierten Beschäftigungssektor ausgehen. Der gewerkschaftliche und sozialdemokratische Slogan "Tariflohn statt Sozialhilfe" stellt somit keine brauchbare Rückzugslinie bei den Ausgestaltungen der staatlich organisierten Beschäftigungsformen mehr dar.

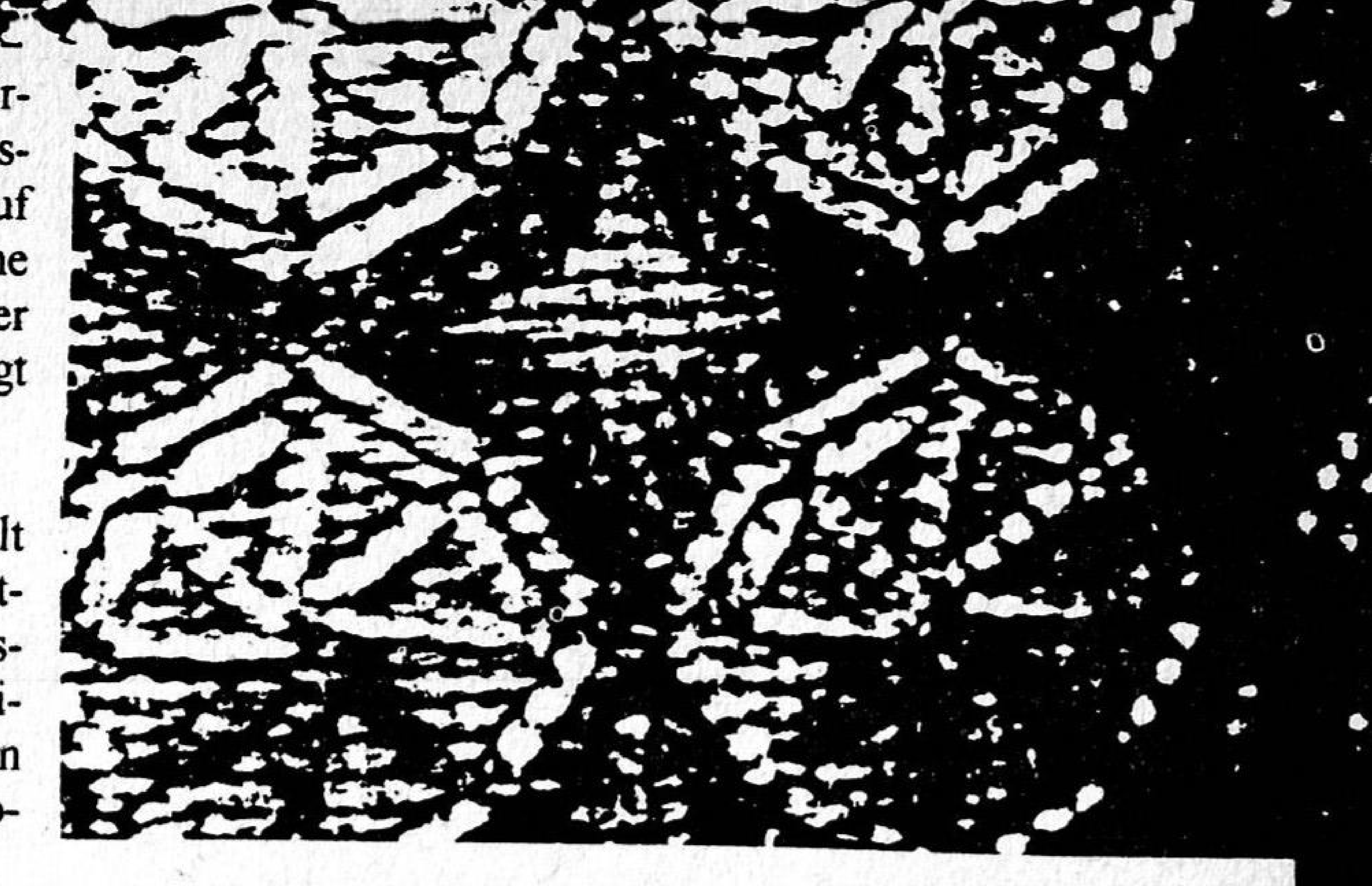
12. Die momentane Umstrukturierung des 2. Arbeitsmarktes geschieht aber nicht nur vor dem Hintergrund einer Verschärfung des ökonomischen Drucks, selbst die miesesten Jobs annehmen zu müssen, sondern vor allem unter dem Aspekt, daß eine **allgemeine Verpflichtung**, für seine/ihre Existenz arbeiten gehen zu müssen, durchgesetzt bzw. festgeschrieben wird. Es geht eben nicht nur darum, Lohnersatzleistungen und Transfereinkommen zu kürzen, sondern jegliche staatliche Leistung mit der Verpflichtung, zu jedem Preis zu arbeiten, zu verknüpfen. Jeglicher Gedanke an eine bedarfsorientierte Existenzsicherung, die jeder und jedem erstmal zugestanden wird, wird getilgt und durch die allgemeine Parole "keine wie auch immer geartete staatliche Leistung ohne Verpflichtung zu Arbeit" ersetzt.[3] Eckpunkte dieser Orientierung sind

a) der seit Beginn der 90er Jahre verschärfte Bewerbungszwang der Sozialämter gegenüber Sozialhilfeberechtigten und die Verschärfungen der Zumutbarkeits- und Sperrzeitenregelungen gegenüber Arbeitslosengeld- und -hilfeberechtigten;
b) die gerade von Sozialdemokraten geplante umfassende Erfassung und Verplanung von Erwerbslosen in Form individueller Maßnahmepläne von 2 bis 5 Jahren Dauer (Projekt effiziente Sozialhilfe in Hamburg, Gesetzentwurf der SPD für ein ASFG).
d) Die Neuformulierung bzw. Neuaufnahme der gemeinnützigen Arbeit für SozialhilfeempfängerInnen und der Gemeinschaftsarbeiten für ArbeitslosenhilfebezieherInnen in den aktuellen und geplanten Neufassungen von BSHG und AFG.
c) Mißbrauchskampagne und Meldekontrollen;

13. **Im Vordergrund steht hier die systematische und nötigenfalls erzwungene permanente Rotation von Erwerbslosen zwischen Erwerbslosigkeit und prekären staatlichen oder nicht-staatlichen Beschäftigungsverhältnissen.** Die SPD in Hamburg spricht von der niedrigentlohnten und befristeten Arbeit in staatlichen Maßnahmen als Form der "Grundsicherung"! Die staatliche Sicherung der Existenz muß verdient werden und zwar unabhängig, ob die Beschäftigungs- und Qualifizierungsmaßnahmen ökonomisch oder integrativ Sinn machen: Niemand behauptet ernsthaft, diese Form der aktiven staatlichen

[3] Trotz kontinuierlicher Leistungskürzungen, trotz permanenter Einschränkung des Bedarfsdeckungsprinzips und trotz der Verpflichtung, seine/ihre Arbeitskraft einzusetzen, haben Sozialhilfe und Lohnersatzleistungen faktisch und im Bewußtsein der Öffentlichkeit bis Ende der 80er Jahre immer die Rolle einer staatlich garantierten minimalsten Existenzsicherung gespielt.

Arbeitsmarktpolitik könne Erwerbslosigkeit bekämpfen und vernünftig abgesicherte Erwerbsarbeit schaffen. Priorität hat die Disziplinierung von Erwerbslosen: Dauererwerbslosigkeit ohne wenigstens befristete Maßnahmen ab und zu bringe die Menschen auf dumme Gedanken oder führe zu unerwünschter sozialer Desintegration. Und eine "soziale Hängematte" wie ein 2.Arbeitsmarkt nach alten ABM-Bedingungen, aus der niemand mehr in die Knochenmühle des 1.Arbeitsmarktes gehen will, müsse beseitigt werden.



14. Auch wenn die autoritär-repressive Durchsetzung der Verpflichtung zur Arbeit den Inhalt des 2. Arbeitsmarktes zunehmend prägt, gibt es momentan keinerlei Tendenzen zur Entwicklung eines Arbeitsdienstes oder zur umfassenden Durchsetzung von Zwangsarbeitsformen wie gemeinnützige Arbeit nach Mehraufwandmethode oder Gemeinschaftsarbeiten für ArbeitslosenhilfebezierInnen. Diese Elemente sind zwar vorhanden und werden auch reaktiviert, aber sie bilden nicht den eigentlichen Kern des Umstrukturierungsprozesses:



a) Ein **verallgemeinertes** Zwangsarbeitssystem ist für Staat und Kapital ineffizient, zumindest solange es keinerlei Handhabe gibt, Arbeitsmotivation und Arbeitsproduktivität zu erzwingen und solange für die in Frage kommenden Arbeiten auf die - teilweise illegalisierte und somit doppelt abhängige - Reservearmee von Flüchtlingen, MigrantInnen und WerkvertragsarbeiterInnen zurückgegriffen werden kann. Gerade bei den geplanten Ernteeinsätzen dürften die Landwirte die stärksten Bündnispartnerinnen der Erwerbslosen sein.

b) Ein verallgemeinertes Zwangsarbeitssystem setzt strafrechtliche Maßnahmen oder paramilitätrische Institutionen zur Erzwingung der Produktivität voraus, die weder geplant sind noch für Staat und Kapital zum gegebenen Zeitpunkt sinnvoll sind.

c) Arbeitshäuser für "arbeitsunwillige" Erwerbslose oder kasernierte Arbeitsdienste als Repressionsinstrumente werden ersetzt durch die Androhung, Transferleistungen zu kürzen oder ganz zu streichen. Im Sinne marktradikaler Tendenzen wird eher die Strafe der absoluten Einkommenslosigkeit eingesetzt. Der unmittelbare oder staatlich vermittelte ökonomische Zwang, auch die schlechtest bezahlten Jobs anzunehmen wird verallgemeinert.

Warnung



V-Mann Michael Johansen

Wir schreiben dieses Flugblatt, um alle Gruppen der Linken vor Michael Johansen zu warnen, gegen den nach unseren Informationen der begründete Verdacht besteht, als Spitzel und Mitarbeiter des Verfassungsschutzes zu arbeiten.

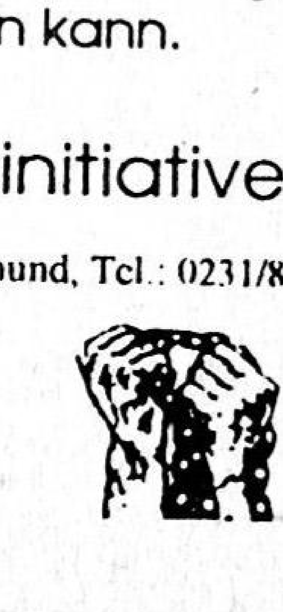
Wie alles anfing:
Johansen saß bis zum Oktober 1993 eine ca. 5 jährige Strafe in der JVA Bochum ab. Im letzten Jahr seiner Inhaftierung hatte er öfter Gespräche mit Stefan Wisniewski (Gefangener aus der RAF) und gelegentlich Kontakte zu Norbert Hofmeier (Gefangener aus dem antiimperialistischen Widerstand). Unter anderem war diese "Politisierung" nach seiner Haftentlassung seine Eintrittskarte bei uns. Da wir über eine offene Struktur verfügen und froh waren, daß ein sozialer Gefangener bei uns mitarbeiten wollte, gab es anfangs auch keinerlei Probleme. Seine Übereifrigkeit haben wir uns mit seiner Unerfahrenheit erklärt, in politischen Zusammenhängen zu arbeiten. Neben der Knastarbeit war Johansen besonders an der Antifa-Arbeit interessiert. Seine Versuche, in Antifa-Gruppen im Ruhrgebiet einzudringen sind aber gescheitert. Im nachhinein sehen wir auch hier den Hauptansatz von Johansen: über die Mitarbeit in der Gefangeneninitiative in Strukturen der Antifa-Gruppen hereinzukommen, die im Moment einem besonderen Kriminalisierungsdruck ausgesetzt sind.

Nachdem der erste Verdacht gegen Johansen geäußert wurde, haben unsere Recherchen ergeben, daß Johansen im Knast Bochum für die Staatsanwaltschaft Essen gearbeitet und für Hafterleichterungen Mitgefangene ausspioniert und verzinkt hat. Wir würden dieses Flugblatt nicht schreiben, wenn wir nicht überzeugt wären, daß Johansen im Knast von der Staatsanwaltschaft Essen an den Verfassungsschutz weitergereicht wurde. Wir wollen verhindern, daß Johansen in anderen Teilen der BRD (wir wissen von Kontakten nach Nürnberg) seine "Arbeit" fortsetzen kann.

Gefangeneninitiative

Lessingstr. 18, 44147 Dortmund, Tel.: 0231/82 70 00

August 1994






Infostellen:
Freedom Bookshop und zusätzlich das 121 Centre dienen als Anlaufstelle, Info- Büro und Telefon.

Freedom Bookshop, (Tel 071-247 9249), geöffnet 21. und 24.-28. 10.30 bis 18 uhr, Angel Alley, 84b Whitechapel High st, U- Bahn Station Aldgate East, Ausgang Whitechapel Art Gallery, dann nach der Angel Alley suchen, durch einen Fußgängertunnel am Kentucky Ffried Chicken Shop vorbei.

121 Centre, (tel 071 274 6655), geöffnet 21./22. und 26.-29. 13-17 uhr, 121 Railton Road, Brixton, London SE24

aaaaaaaaaaaaaaaaaaaaaaaaaaaaaaaaaaaaaaaaaaaaaaaaaaaaaaaaaaaaa

Wir können NICHT für Unterkünfte sorgen, das müßt ihr selbst auf die Reihe kriegen !!!
Wir brauchen Kohle, und zwar dringendl!!
Milde Gaben, Angebote der Unterstützung, RednerInnen, Ideen, OrganisatorInnen, Möglichkeiten für Druck und Öffentlichkeit, ÜbersetzerInnen, Unterkünfte, Bands, Räume, Anfragen zwengs weiterer Infos, alles an unsere Adresse.
Das Programm wir d regelmäßig überarbeitet (allerdings nicht die Übersetzung, d.Ü.), für ein Pfund kriegt ihr das näxte.

Mit einem 10 Tage Pass kommt ihr in sämtliche Veranstaltungen und erleichtert uns die Planung, gibts für 25 Pfund bei unsrer Adresee , Schecks auf Anarchy in the UK 94 ausstellen.

Anarchy in the UK 94, PO BOX 1096 Bristol BS99 1 BW

aaaaaaaaaaaaaaaaaaaaaaaaaaaaaaaaaaaaaaaaaaaaaaaaaaaaaaaa

Keine Mauer hält die Tresorknacker mehr auf

Sie fahren mit dem Lastwagen vor und ziehen die Geldschränke einfach aus dem Supermarkt

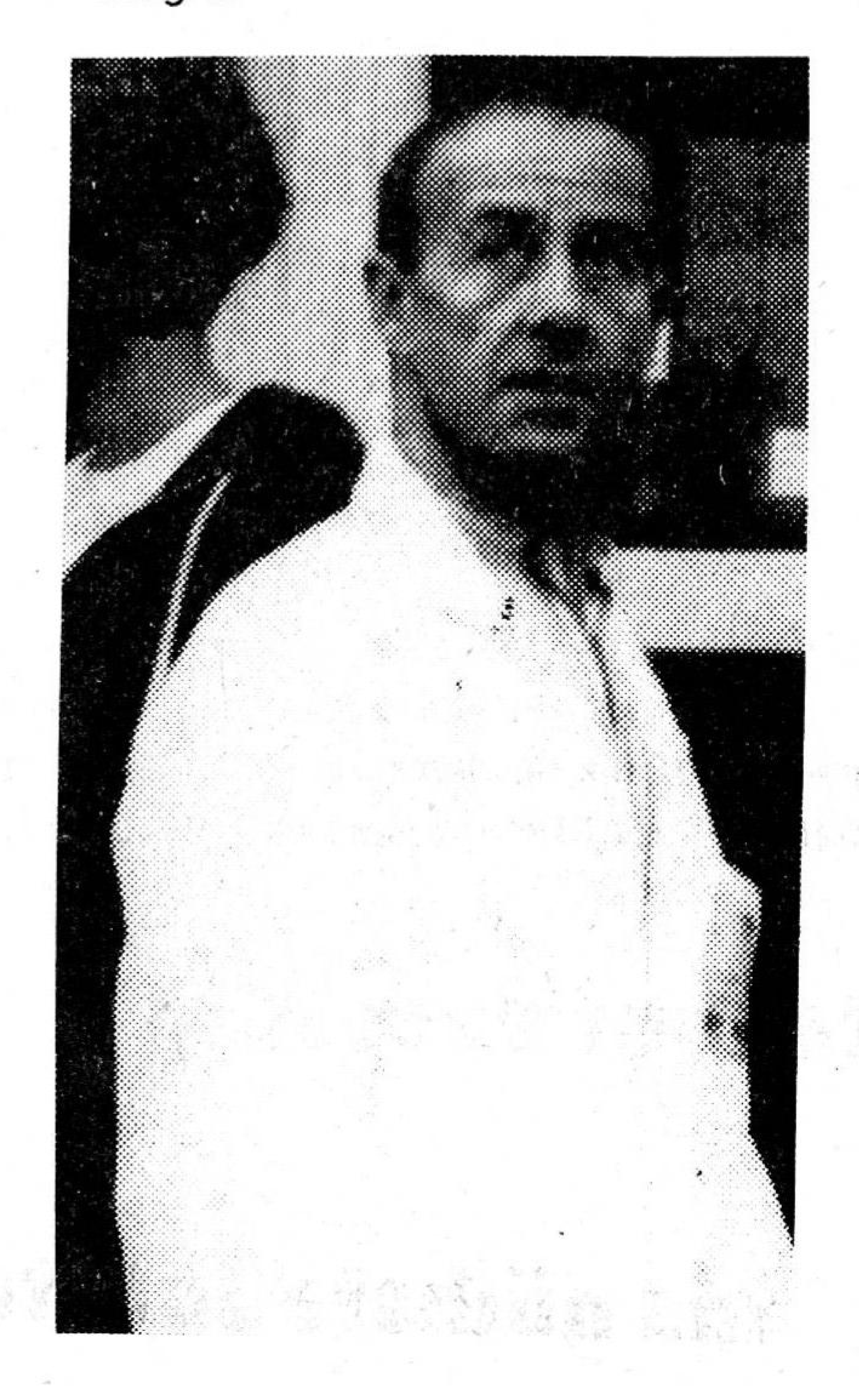
Krachend stürzt der Tresor zu Boden. Staub versperrt die Sicht. Unter ohrenbetäubendem Lärm ziehen zwei Stahlseile den Geldschrank durch das Lager eines Supermarktes. Die Außenmauer des kleinen Gebäudes leistet nur kurzen Widerstand und bricht nach wenigen Sekunden unter der Wucht des eisernen Kolosses zusammen. Nichts kann den Weg des Tresors auf die Ladefläche eines Lastwagens mehr aufhalten. Drei Männer schließen in Windeseile die Bordwand und brausen davon. So lief nach einer Zeugenschilderung der jüngste Coup einer Einbrecherbande in dem kleinen Ort Neuseddin bei Potsdam ab. Fast täglich meldet die Brandenburger Polizei seit etwa zwei Wochen neue Vorfälle dieser in unserer Gegend bisher unbekannten Art.

Allein die Polizisten in Potsdam und Umgebung zählten in diesem Jahr „156 Angriffe auf Panzerschränke", wie es in der Statistik heißt.

Hi!

Hier unangenehme Menschen (aufgenommen am 13.8.1994). Die beiden mit lichtem Haupthaar sind Zivis. Der jüngere lächelnde Beamte war auf der Antifa-Demo in Uniform unterwegs, soll aber wohl des öfteren sich in Zivil unter die Leute mischen (so am 21.5. und auf der Friedrichshainer Kiezdemo am 30.1.). Habt ein Auge drauf...
Rot Front
Der freundliche Fotograf







Zu den Vorfällen in und um die Karo-Ini!

In der Nacht zum 28.06.94 wurde die Stromversorgung zur KARO-Ini durchtrennt, das Türschloß mit Sekundenkleber verklebt und die Tür angekotzt. Die gegenüberliegende Wand wurde mit der Parole "Rebellion ist berechtigt, Revolutionäre Kommunisten(BRD), Revolution ist kein Verbrechen ", "geziert". Die Vorführung des Filmes "Was wären wir für Menschen", ein Film zur Geschichte der BRD-Linken bis 1977, wäre dadurch fast verhindert worden. Wir gehen davon aus, daß dieser Angriff auf ..... und die RK's (besser als RIM bekannt) zurückzuführen ist. Wie wir zu dieser Einschätzung kommen, wollen wir kurz darlegen:

Zwei RKlerInnen wurden von uns zur Klärung des Sachverhalts auf's Plenum eingeladen. Statt Interesse an der Klärung zu zeigen, setzten sie uns auf die Anklagebank. Wir hätten uns nach ihrer Auffassung zu rechtfertigen, weshalb wir meinten, daß sie die Parole gesprüht hätten. Wir wiesen sie darauf hin , daß sie dieses nachweislich am Vortage zugegeben hätten. Agressiv wurde uns vorgeworfen, Informanten zu haben. Ihre Behauptung, in der fraglichen Nacht sehr viel gesprüht zu haben konnte auch nach sorgfältiger Suche nicht bestätigt werden, andere neue Parolen konnten wir nicht finden. Wo diese Parolen zu finden sein sollten, wurde nicht beantwortet.
Sie waren nicht bereit, Inhalt und Zweck ihrer Parole zu erklären. Stattdessen wurden unsere Fragen mit dem Vorwurf, wir würden "Bullenarbeit" leisten, abgeblockt.
Aus Privatgesprächen ist uns bekannt, daß es Kritik der RK's an dem Rauswurf einer Gruppe von Jugendlichen gibt. Sie halten die "Rebellion der Jugendlichen" (ihre Beschreibung für deren Zerstörungsaktion in der KARO-Ini) für "berechtigt", und deren Rausschmiß für "Rassismus". Wir sehen in dieser Parole den Versuch, diese Jugendlichen aufs neue anzuheizen. In der Öffentlichkeit (auf dem Plenum) verweigerten sie die Auseinandersetzung über ihre Kritik. Wenn Linke an der Vorgehensweise anderer Linker Kritik haben, sollte öffentlich-inhaltlich diskutiert werden, bevor zu dem Mittel Sabotage gegriffen wird. Mit Ihrem Verhalten haben die RK's deutlich gemacht, daß sie kein Interesse an der Klärung haben.

Die RK's forderten, sie von der Vermutung, die KARO-Ini sabotiert zu haben, zu entlasten und öffentlich zu rehabilitieren. Nach Aussage der RK sei es nicht Ihre Politik, linke Zusammenhänge anzugreifen.
Aber was ist in Ihren Augen denn Linke Politik?! Sind denn die RK's eigentlich links?! Welche Zusammenarbeit gibt es denn zwischen RK und linken Gruppen?!
Die einzige uns bekannte Zusammenarbeit ist die mit ....., ansonsten würden sie nicht mit Leuten zusammenarbeiten, deren Ansatz sie politisch inkorrekt finden. Aber vielleicht ist ja der ..... links.
Aufgrund vorhergehender massiver Drohungen, die KARO-Ini zu zerstören, falls er keinen eigenen Schlüssel bekäme, gehen wir davon aus, zu wissen, wer für die Zerstörungen an der KARO-Ini mitverantwortlich ist: er hatte, wie üblich, sein Revier mit Kotze markiert.
Personen, die uns angreifen und bestehlen, schaden nicht nur uns, sie fügen der gesamten politischen Entwicklung im KARO-Viertel irreparablen Schaden zu. ..... ist dafür bekannt , linke Aktivitäten nicht nur verbal anzugreifen.
Vor ca. 2 Monaten beschloß das Plenum nach ausgiebigen Diskussionen, einer Gruppe von Jugendlichen die weitere Nutzung unserer Räumlichkeiten zu untersagen. Dabei spielte ausschließlich das Verhalten der Gruppe, nicht aber deren Nationalität eine Rolle. Sexistische Beschimpfungen, Dreck, Drohungen, Gewaltanwendung und Drogenkonsum nahmen überhand. Die Gruppe war weder bereit Ihr Verhalten zu ändern oder, zwecks Klärung, zum Plenum zu erscheinen. Daraufhin zerstörte diese Gruppe ca. 30 Fensterscheiben und unser gesamtes Inventar.
Zum Verständnis der Vorfälle ist es wichtig zu wissen, daß seit Anfang des Jahres regelmäßig Plenen zur inhaltlichen Zielsetzung der KARO-Ini liefen. Eigene Widersprüche , die auf Rassismen und Sexismen zurückzuführen sind, führten zur völligen Zerstrittenheit. Während dieser Schwächephase überließen ..... und ...... eigenmächtig dieser Gruppe den Hausschlüssel, und verweigerten die Verantwortung für die Folgen. Die Beiden überließen die uns unbekannte Gruppe sich selbst. Nach eigener Aussage sahen sie die Eskalation voraus und nahmen sie in Kauf. Wir sehen es als ihre Absicht uns , am Plenum vorbei, ihre Politikvorstellungen aufzuzwingen und so die KARO-Ini zu übernehmen. Dieses Verhalten stieß im Plenum auf einstimmige Ablehnung. Leider zogen einige sich trotzdem aus der KARO-Ini zurück, weil sie keine persönlichen Konsequenzen ziehen wollten. Daß nach Wiederinstandsetzung der KARO-Ini die erste Veranstaltung seit Monaten angegriffen wird, zeigt den aggressiven Machtanspruch den diese Leute verfolgen.

ICH HAB DIE NASE VOLL. LASS UNS HIER VERSCHWINDEN.

Das Karolinenviertel auf dem Weg

ins nächste Jahrtausend

Staatliche Schwulenverfolgung hat in Deutschland Tradition

1871 fand der §175 Eingang in das deutsche Reichsstrafgesetzbuch. Er bestrafte die "widernatürliche Unzucht" zwischen Mann und Mann und Mensch und Tier. Darunter verstand man Oral-, Anal- und Schenkelverkehr. Es waren also "nur" homosexuelle Handlungen verboten und nicht Homosexualität an sich, wie später im Nationalsozialismus und der Bundesrepublik bis 1969.

...

Die Gestapo hatte 100.000 Homosexuelle in ihrer Rosa Liste registriert. Circa 50.000 Männer waren 1933 bis 1945 wegen ihrer Homosexualität veruteilt worden. Viele Tausend waren mit rosa Winkeln gekennzeichnet im KZ. Für alle sichtbar aufgrund ihrer Homosexualität inhaftiert, gab es oft wenig Solidarität der anderen Gruppierungen innerhalb des Lagers. Auch waren sie im hohen Maße den sadistischen Folterungen der Wächter ausgesetzt, deren Foltermethoden sich meist auf die Homosexualität der Gefangenen bezog. Nach 1945 galten schwule KZ-Häftlinge als Vorbestrafte. So kam z.B. ein Schwuler erst 1946 aus dem KZ Dachau frei, weil die US-Militärkommission auf die Verbüßung der Haftstrafe bestand.

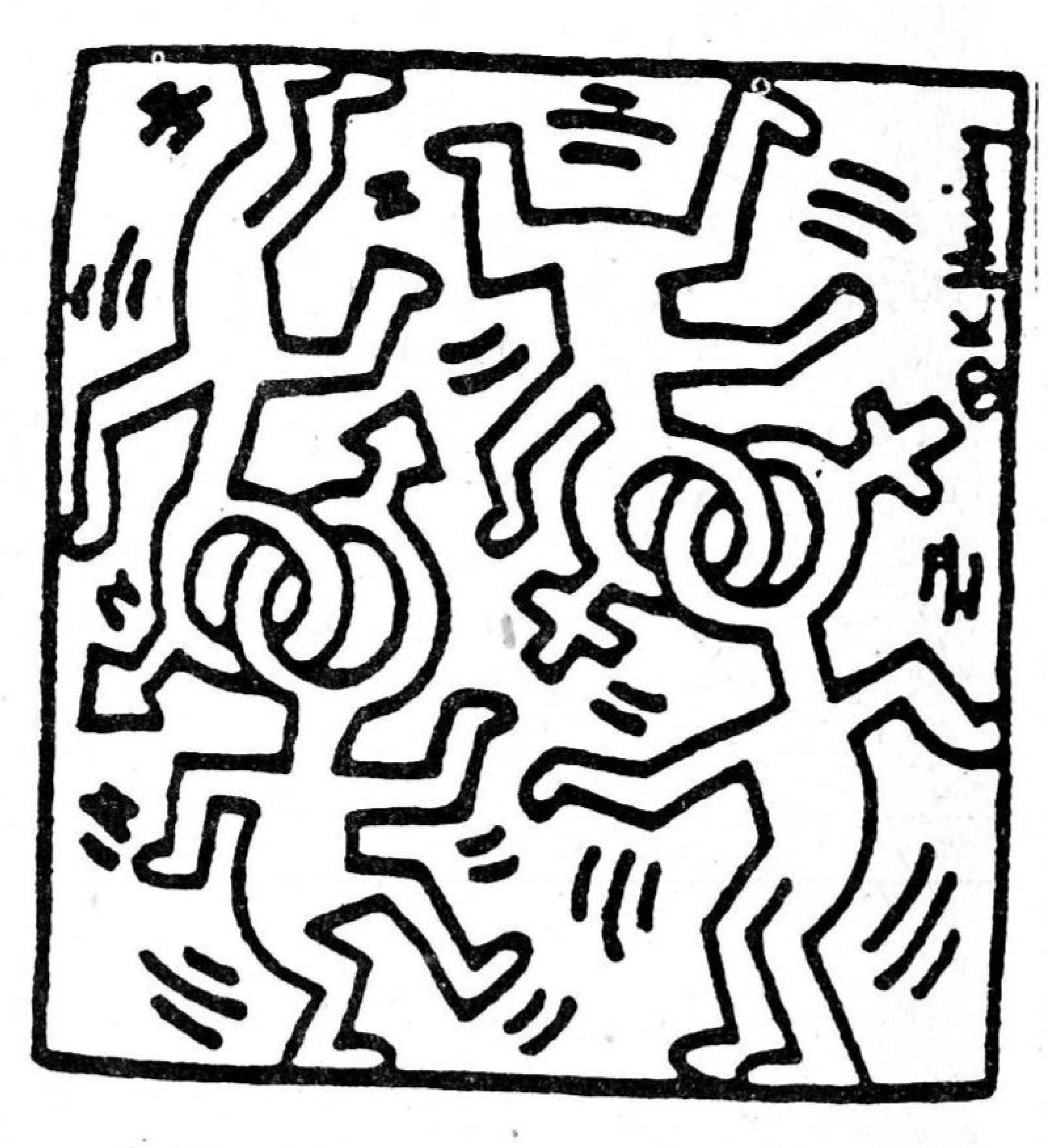
...

Die DDR schaffte den §175 1968 komplett ab und ersetzte ihn durch den §151, der jedoch der rechtlichen und erst recht der gesellschaftlichen Diskrimierung von Schwulen kein Ende setzte, zumal "homosexuelle Handlungen" nur zwischen Erwachsenen straffrei waren.
1969 wurde dann doch das Totalverbot der Homosexualität in der BRD aufgehoben und 1973 das "Schutzalter" auf 18 Jahre festgelegt. In dem gleichen Maße wie vorher blieben aber "sexuelle Handlungen" von einem Mann zu einem Jugendlichen strafbar.

...

Alle Bundesregierungen haben nicht nur versagt, sondern gar nicht erst versucht, die NS-Geschichte aufzuarbeiten. So wurden schwule NS-Opfer nach 1945 nicht rehabilitiert. Keiner hat je eine finanzielle Entschädigung bekommen und Schwule wurden bis 1994 nach altem NS-Recht verfolgt. Eine neutrale, objektive Darstellung der Homosexualität findet bis heute nicht statt.

...



Schwule gegen die "Einheitsfeier"
Schwules Info-Cafe
Sielpfad 11 (ehemals "Schule")
Sa., d. 1.10. 16h-22h
So., d. 2.10. 16h-22h
Mo., d. 3.10. nach der Demo -22h



3. OKTOBER:
BUNDESWEHR HILFT POLIZEI

Von
Marcel P. Henninger

Die Operation „Einheit" rückt näher. Die Planungen im Polizeipräsidium laufen auf Hochtouren. Denn schon in fünfzehn Tagen ist der 3. Oktober. Dann werden alle hochrangigen deutschen Politiker in Bremen den Tag der Deutschen Einheit feiern: Bundespräsident, Bundesratspräsident, Bundestagspräsidentin, Bundeskanzler, Minister, Ministerpräsidenten, Staatssekretäre... Die Liste ließe sich beliebig fortsetzen. Für alle muß die Hansestadt die Sicherheit garantieren. Es gilt die höchste Sicherheitsstufe.

Die Bremer Polizei allein wäre überfordert. Deshalb rücken mehrere Hundertschaften der Bereitschaftspolizei und des Bundesgrenzschutzes aus anderen Bundesländern an. Sogar die Bundeswehr unterstützt die Polizei. Doch die Truppe wird nicht in der Stadt eingesetzt. Lediglich die Verpflegung der Beamten wird durch die Bundeswehr sichergestellt.

Um die Lage im Griff zu haben, erstellt der Polizeipräsident mit einem Planungsstab den Ablauf und die vorbereitenden Maßnahmen. Noch wurde das Konzept nicht veröffentlicht. Der Weser Report erfuhr aber bereits Einzelheiten. An den Autobahnen rund um Bremen werden auf Parkplätzen und Rastanlagen Abgriffpunkte eingerichtet. Das bedeutet: Die Polizei kontrolliert Pkws in Richtung Bremen auf mögliche Gewalttäter, fängt sie bereits vor den Toren der Hansestadt ab. Über dem Congress Centrum (CCB) kreisen Polizeihubschrauber. Im CCB, wo sonst Maritim-Direktor Markus Griesenbeck das Hausrecht hat, kann von Sonntag (2.Oktober) bis zum Montagabend der Polizeipräsident frei verfügen.

Anfang der Woche sprach Polizeipräsident Rolf Lüken von insgesamt 2000 Polizisten ohne die Personenschützer des Bundeskriminalamtes (BKA), die während des 3. Oktobers eingesetzt werden. Inzwischen gehen die Planungen jedoch darüberhinaus. „2000 ist längst nicht Ende der Fahnenstange", so Merve Pagenhardt, Sprecherin des Innensenators. Grund für die mögliche Aufstockung: Die Ereignisse der vergangenen Woche. Nachdem das besetzte Haus am Buntentorsteinweg geräumt wurde (wir berichteten), kam es durch Sympathisanten der Besetzerszene in der Stadt zu mehreren Anschlägen mit Pflastersteinen auf städtische und private Einrichtungen (Innenbehörde, FDP-Zentrale, Wohnhaus des Oberstaatsanwalts, Park Hotel). Eine Auseinandersetzung mit militanten Autonomen am 3. Oktober ist wahrscheinlicher geworden.

Aktionskette „Freiheit für alle politischen Gefangenen"
IN DÜSSELDORF



Auf die Kundgebung am 12.Juli in der Innenstadt sind 60-70 Leute gekommen. Wir drucken hier nochmal den Abschnitt aus dem Angehörigen-Flugblatt zur Situation der 3 Gefangenen aus der RAF, die in NRW sind.

Sieglinde Hofmann ist inhaftiert in Köln-Ossendorf. sie ist seit 14 Jahren im Knast. Die Bundesanwaltschaft (BAW) wird auch gegen Sieglinde einen neuen Prozeß führen um zu verhindern, daß Sieglinde nächstes Jahr, nach 15 Jahren, raus kommt. Sieglinde ist 1980 in Paris verhaftet worden - die BRD Regierung hat deswegen eine erneute Auslieferung bei den französischen Behörden beantragt, die mittlerweile willfährig erfolgte. Seit der Verlegung von Heidi Schulz nach Stammheim ist Sieglinde, wie die meisten anderen Gefangenen aus der RAF, wieder getrennt von ihren Genossinnen und Genossen. Sieglinde und Heidi waren seit dem letzten großen Hungerstreik der Gefangenen 1989 zusammen mit zwei anderen gefangenen Frauen aus der RAF. Diese Kleingruppe ist aufgelöst.

Birgit Hogefeld ist inhaftiert in Bielefeld-Brackwede. Sie ist seit mehr als einem Jahr in Isolationshaft und wird jetzt angeklagt wegen "Mord und mehrfachen Mordversuchs" in Bad Kleinen - obwohl alle Welt weiß, daß Birgit zu Beginn der GSG 9 Operation verhaftet und geknebelt am Boden lag. Der Mord an Wolfgang Grams soll stattdessen vergessen werden, geht es nach dem Willen der BAW und der Justizbürokratie.

Stefan Wisniewski ist seit mittlerweile 16 Jahren im Knast, ebenfalls in NRW, in Bochum. Er war in all den Jahren mit den gleichen Bedingungen konfrontiert und soll, laut Richterspruch nach einer Anhörung im vergengenen Jahr zwanzig Jahre im Knast sein.

SPANIEN

ETA-Gefangene im Hungerstreik

Seit Sonntag (4.9.) befindet sich die Hälfte der 600 Verurteilten aus der baskischen ETA in spanischen Gefängnissen im Hungerstreik. Die anderen wollen sich zu einem späteren Zeitpunkt anschließen.

Die Aktion richtet sich gegen das Wiedereingliederungsprogramm der Regierung Gonzales. In den Augen der Gefangenen ist es der Versuch, sie zu spalten. „Unsere Stärke ist die Einheit", heißt es in einem Schreiben. „Wir wollen keine Wiedereingliederung und keine Reue." Die Aktion ist die erste in Spanien seit dem Hungerstreik von 1992.

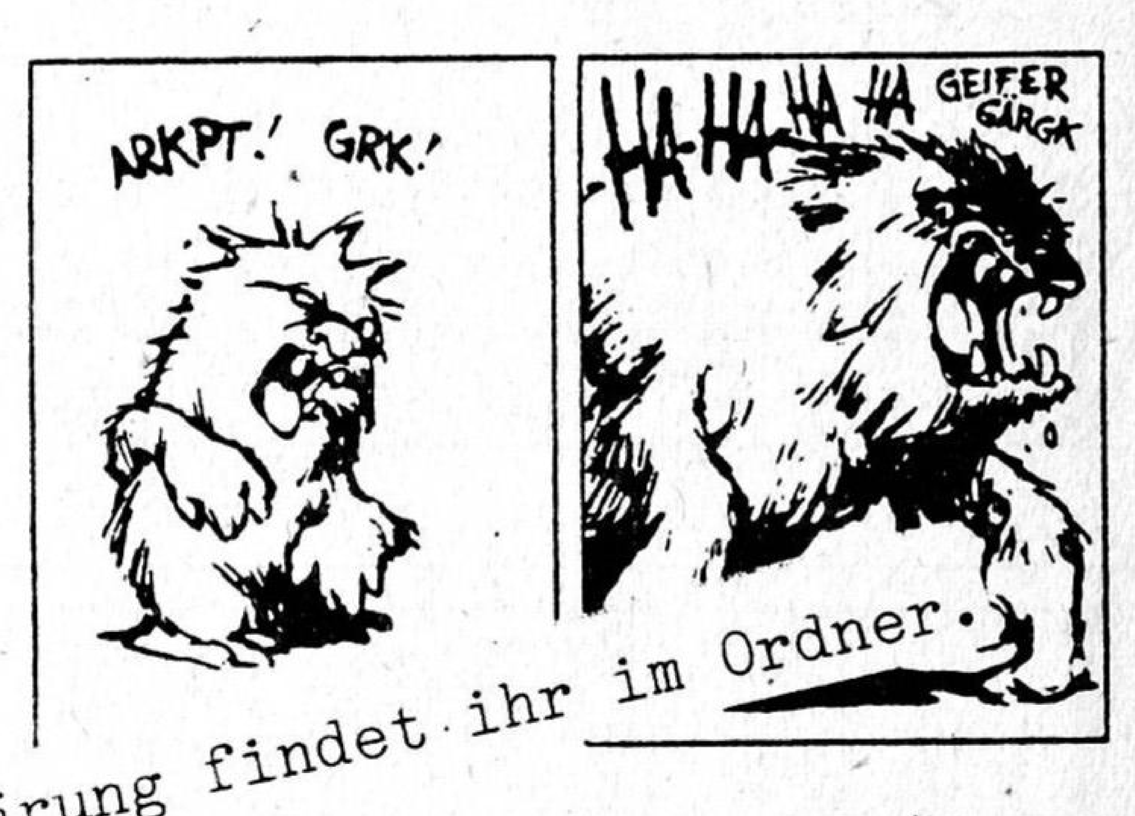
Gestoras pro Amnestia, die Vereinigung der Angehörigen der Inhaftierten, unterstützt die Gefangenen. Auf einer Pressekonferenz unterstrichen Vertreter der Organisation ihre Forderung nach umfassender Amnistie. Zumindest sollten die Gefangenen in große Gruppen in ihre nordspanische Heimat zurückverlegt werden, um so den Besuch von Familienangehörigen zu erleichtern.

Auch *Gestoras pro Amnestia* lehnt die Madrider Wiedereingliederungspolitik ab. Man klagt die Regierung an, die Gefangenen zu erpressen. Wer sich nicht von der ETA lossage, dem werden Dinge vorenthalten, die für Häftlinge selbstverständlich sind. So sitzen 80 ETA-Gefangene nach Verbüßung von drei Vierteln ihrer Strafe immer noch ein. Zudem legte die Vereinigung der Angehörigen eine Liste mit 60 Namen vor, die, obwohl aufgrund schwerer gesundheitlicher Probleme haftunfähig, nicht freigelassen werden.

Das Thema Wiedereingliederung füllt seit Monaten die Schlagzeilen der Presse. Die oppositionelle Volkspartei (PP) verlangt, daß sämtliche Gefangene, die an Attentaten mit Todesopfern beteiligt waren, von Hafterleichterungen ausgeschlossen werden. Die Regierung verteidigt hingegen ihre Praxis, ETA-Häftlinge, die sich vom bewaffneten Kampf lossagen, rasch wiedereinzugliedern. Es sei gelungen, einen Keil in das Gefängniskollektiv zu treiben, heißt es aus Madrid. Die ETA-Führung habe die Kontrolle über die Inhaftierten verloren.

Die Gefangenen teilten indes mit, man wolle zeigen, daß nur wenige „die Wahl getroffen haben, den übrigen Gefangenen im Austausch für persönliche Verbesserungen Schaden zuzufügen". Die Regierung, die behauptet, große Teile der Gefangenen tragen längst nicht mehr die Politik ihrer Organisation mit, soll Lügen gestraft werden: Vom Regierungsprogramm haben bislang nur 16 Gefangene Gebrauch gemacht.

(Nachdruck eines Artikels von Reiner Wandler, Madrid, aus: *Neues Deutschland*, 6.9.94)



Die Hungerstreik-Erklärung findet ihr im Ordner.

ATHEN: UNI-BESETZUNG 17.8.94



Die Universität für Wirtschaft, in Athen ist von einer"Initiative of anarchist groups" besetzt worden.
Die Besetzung soll den Hungerstreik der beiden Gefangenen Odysseas Kabouris und George Balafas,unterstützen. Beide Gefangenen werden des "Terrorismus"beschuldigt ohne irgendwelche Beweise. O.kabouris hat seinen Hungerstreik schon am 21. Juni begonnen und G. Balafas am 2. Juli. Für Beide ist der unbegrenzte Hungerstreik jetzt das letzte mögliche mittel gegen den Staatsapperat.

FREEDOM TO O:KABOURIS AND G:BALAFAS
THE STATE AND ITS MECHANISM ARE THE ONLY TERRORISTS!!!

Zu den Razzien vom Juli 94 in Göttingen

Wie inzwischen allgemein bekannt, kam es am Dienstag, dem 5. Juli 94, zu einer Reihe von Razzien in Privatwohnungen (19 Personen), einigen Räumen des AStA und im Roten Buchladen. Einen Tag darauf wurde eine Druckerei und ein Belichtungsstudio durchsucht. Begründet wurden die Durchsuchungen mit Ermittlungsverfahren nach den §§ 129 und 129a (im folgenden als §§129/a bezeichnet). Als Reaktion darauf gab es innerhalb von 11 Tagen 3 Demos, die sich zumindest zum Teil diesem Thema widmeten, eine Solidaritätsveranstaltung sowie eine Vielzahl von Erklärungen und Flugblättern.

Die Masse der Äußerungen bezieht sich dabei hauptsächlich auf die Antifa (M). Auf den Titelbalken der Flugblätter steht in der Regel zu lesen: "Zu den Razzien gegen die Autonome Antifa (M) in Göttingen" o.ä. und die im Zusammenhang mit den Razzien immer wieder erhobene Forderung lautet: "Keine Kriminalisierung der Autonomen Antifa (M)". Die (M) selbst, aber auch andere Gruppen schreiben in zumindest irreführender Weise von der "bisher größten Staatsschutzaktion gegen Autonome AntifaschistInnen in der Bundesrepublik Deutschland" !!! Eine von den "BürgerInnen gegen Rechtsextremismus und Gewalt" auf der 2. Demo am 7. Juli gehaltene Rede strotzte vor pathetischer Ungenauigkeit: Da war die Rede von Prozessen gegen die (M) nur noch im Dutzend; da wurde ein Szenario an die Wand gemalt, in dem vor der (M) das antifaschistische Nichts war und bald - wenn nämlich die (M) zerschlagen und ihre Mitglieder im Knast wären - das Nichts käme...

Solche Statements sind aus der Panik des Augenblicks geboren - sollte mensch meinen; doch "nach der Hektik der ersten Tage" (so ein Flugi des "Vereins zur Förderung antifaschistischer Kultur e.V.", das genau in dem angesprochenen Tenor gehalten ist) haben sich solche Bewertungen eher verfestigt. Angesichts der Erfahrungen, die es unsererseits mit dem Verhalten der Staatsmacht und mit den §§129/a gibt, können wir solche Einschätzungen nicht nur nicht nachvollziehen, wir halten sie darüber hinaus für falsch und gefährlich - und zwar in erster Linie für die direkt Betroffenen, dann für die Personen, gegen die weitere §§129/a Verfahren laufen, deren Existenz jedoch unterschlagen wird, prinzipiell aber für alle Menschen, die Widerstand leisten.

Wir wollen daher im folgenden versuchen, eine Einschätzung der §§129/a-Verfahren und den damit begründeten Razzien aus unserer Sicht zu entwickeln, die sich mit den Razzien, mit den §§129/a, aber auch mit der "Göttinger Linie" befaßt.

Die Durchsuchungsbeschlüsse nach §§129/a richteten sich gegen Menschen, die vom Staatsschutz als Mitglieder der Autonomen Antifa (M) bezeichnet werden, sowie gegen deren Angehörige, Arbeitsplätze und andere Orte, von denen der Ermittlungsapparat vermutet, daß die beschuldigten Personen Zugang haben. In diesem Zusammenhang stehen die Durchsuchungen in der Druckerei, einem Uni-Büro und dem Belichtungsstudio. Der Rote Buchladen wurde sozusagen zwei Mal durchsucht: einmal als Postanschrift der (M) und zweitens nach einem weiteren Verfahren nach §129a wegen des angeblichen Vertriebs der letzten RAF-Schrift vom März 94. Zugang zum AStA wurde sich über die behauptete Mitgliedschaft einer der Verdächtigten zur Antifaschistischen Liste an der Uni verschafft. Hier wurden drei Räume durchsucht, in denen folgende Gruppen arbeiten: die Antifaschistische Liste, die Offene Linke Liste AStA für Alle (OLLAfA), die Ausländische Studierenden Vertretung (ASV), die Fachschaftsräte-Versammlung (FSRV), die Liste der Linken Fachschaften und Basisgruppen (LiFaBa), das Antifa-Archiv der Antifa-SachbearbeiterInnen Stelle (Antifa SB) und das antirassistische Notruf-Telefon.

Zur Rolle der §§129/a

Zunächst muß darauf hingewiesen werden, daß die §§129/a Verfahren, von denen hier die Rede ist, 1991 eröffnet wurden. Damals wurde über die Medien, später auch durch Hinweise aus Akten in anderen Verfahren gegen AntifaschistInnen klar, daß von solchen Ermittlungen bis zu 200 AntifaschistInnen betroffen sind.

In den letzten Wochen wurde mehrfach die Einzigartigkeit des Verfahrens gegen die (M) hervorgehoben, zum Teil wurde darüber hinaus von "einer neuen Qualität der Repression" gegen den Widerstand gesprochen. Diese in Göttingen (und es steht zu befürchten: auch anderswo) offenbar verbreitete Ansicht ist historisch schlicht falsch und die darauf aufbauende Einschätzung katastrophal. Die Idee, einen "Schwarzen Block" nach §§129/a zu verfolgen, hatte der Staatsschutz z.B. schon 1981 in Frankfurt/M. und im gleichen Jahr in München gegen "Freizeit 81". Mit §§129/a-Verfahren überzogen wurden HausbesetzerInnen und Anti-AKW-AktivistInnen z.B. in Wackersdorf (auch hier angebliche Verbindungen zur RAF) und in gigantischem Ausmaß über Jahre hinweg in Gorleben. Im Sommer 1985 waren mehr als 2000 BewohnerInnen des Wendlandes im "SpuDok" (ein computergestütztes Rasterfahndungssystem, das auf Massen von Daten basiert) abgespeichert - das sind mehr als 4% der BewohnerInnen des Landkreises. Von solchen Verfahren ebenso betroffen war die BürgerInnen-Initiative Umweltschutz Unterelbe/Itzehoe. Nach den Schüssen an der Startbahn-West 1987 und gegen AntifaschistInnen in Wuppertal sowie in Hamburg wurden die §§129/a ausgepackt, ebenso nach einem mißglückten Bombenanschlag in Hannover (Messe), ebenso gegen militante TierschützerInnen, ebenso gegen Ulla Penselin und Ingrid Strobl (1987-89) ebenso wie gegen die PKK, die IRA, die PFLP ...

Diese Liste ließe sich beinahe beliebig fortsetzen; doch auch für Göttingen selbst ist die Einschätzung, das Verfahren sei etwas völlig neues, zumindest ahistorisch. Mal abgesehen von den Verfahren gegen Aktiv Druck und den Roten Buchladen, die bei jeder sich bietenden Gelegenheit gerazzt wurden, mal abgesehen von der JuZI-Razzia 1986, bei der es auch um angebliche RAF-Kontakte ging (HNA v. 13. 12. 86), sei hier an eine Razzia erinnert, die vor genau 10 Jahren stattfand: Damals wurden 11 Wohnungen von 300 Bullen durchsucht; die Angeschuldigten sollen 3 Jahre vorher zum "harten Kern" der Häuserkampfszene gehört und gemeinschaftlich Straftaten verübt haben.

In Zahlen ausgedrückt heißt das, daß es allein zwischen 1980 und 1988 ca. 3000 Ermittlungsverfahren in der BRD nach §§129/a gab. Die große Anzahl der Verfahren steht dabei in einem offensichtlichen Mißverhältnis zu den tatsächlich erhobenen Anklagen; nur ca. 5% der Ermittlungsverfahren kommen auch zur Anklage - wobei es sich bei diesen Verfahren im Großen und Ganzen um staatlicherseits vermutete RAF-Zusammenhänge handelt (Soli-Veranstaltungen zu Hungerstreiks etc.). Dieses Mißverhältnis weist auf die eigentliche Motivation der Staatsschutzseite hin, Verfahren nach den §§129/a einzuleiten: Es geht darum - wir wissen selbst, daß das alles nichts neues ist -, ein Soziogramm einer Szene oder des Widerstandes zu erhalten. Jedes Telefonbuch, jeder Brief, jeder Hinweis auf andere Personen oder Gruppen wird sorgfältig registriert und in Bezug zu bereits vorhandenen Informationen gesetzt. In Göttingen wurden über Jahre hinweg Informationen in das SpuDok-System eingespeist und so versucht, Diagramme vieler Menschen zu erstellen. Bei der Anwendung der §§129/a kommt es den Ermittlungsbehörden nicht in erster Linie auf das Ergebnis einer Verurteilung im Einzel-

fall an, sondern vielmehr auf die Ausnutzung der vielfältigen Möglichkeiten dieser Paragraphen, um das Vor- und Umfeld auszukundschaften, um auf dem schwer eingrenzbaren Gebiet einer politisch verdächtigen Szene breit zu ermitteln, Daten erfassen und Kommunikationsstrukturen ausforschen zu können. Dies geschieht unter umfassendem und systematischen Einsatz geheimpolizeilicher Methoden und nachrichtendienstlicher Mittel.
Ein etwas anderer Aspekt, der die mögliche Bandbreite der §§129/a ausleuchtet, ist das Ziel, jeden Versuch, (sich im) Widerstand zu organisieren, juristisch handhabbar zu machen. Der Kampf um (internationale) Befreiung, für ein selbstbestimmtes Leben soll so schon im Vorfeld (seiner Entstehung und Herausbildung) kriminalisiert, zerschlagen und vernichtet werden können.
Um den Aufgabenbereich der §§129/a abzurunden, sei hier noch auf ein weiteres Moment hingewiesen, das für die Betroffenen üble Folgen nach sich ziehen kann: Die Verunsicherung, die in diversen Szenen nach der Eröffnung solcher Verfahren ausgebrochen ist, hat schon häufig zu Aussagen geführt. Manchmal war es sogar so, daß der Faktor der Verunsicherung eines politischen Zusammenhangs allein - d.h. die Eröffnung von §§129/a Verfahren ohne jede realistische Aussicht auf "Erfolg" in Form einer Verurteilung - das Kalkül der Herrschenden bestimmt hat.
Als Beispiel für alle diese Varianten von §§129/a-Verfahren sei hier noch einmal auf das Strobl/Penselin-Verfahren hingewiesen. Vordergründig ging es um Ermittlungen gegen die Rote Zora nach einem Bombenanschlag auf die Lufthansa u.a. wegen ihrer Beteiligung am Sextourismus. In der Folge der Staatsschutzschnüffeleien wurden mehrere Personen verhaftet bzw. mußten in den Untergrund. Gleichzeitig wurden die Ermittlungen auf Frauengruppen, die sich mit der Gentechnologie oder/ und der Ausbeutung von Frauen im Trikont auseinandersetzten, und auf solche Gruppen, die zur Flucht-/Asylproblematik arbeiteten, ausgedehnt.

Neben der (M) sind auch in Göttingen Gruppen gerazzt worden, die sich mit der zuletzt genannten Thematik beschäftigen: der Verein zur Förderung antifaschistischer Kultur, die Rote Hilfe, die Antifaschistische Liste, die OLLAfA, die maßgeblich an der Organisation und Durchführung der Anti-Rassismus-Tage an der Uni Göttingen beteiligt war und ist, die ASV, wo gezielt Protokolle der AG Rassismus beschlagnahmt wurden, die FSRV und die LiFaBa, die ebenfalls beide zu Antifa/ Antira-Themen arbeiten, das Archiv der Antifa-SB und schließlich das antirassistische Notruf-Telefon.
An der zuletzt genannten Einrichtung sind zumindest 2 Aspekte interessant: 1.) sind die beschlagnahmten Unterlagen, insbesondere eine ganze Reihe von Telefonlisten, von den Bullen - im Gegensatz zu fast allen anderen im AStA beschlagnahmten Sachen - noch nicht rausgerückt worden. (Diese Tatsache wird übrigens in den allermeisten Veröffentlichungen schlicht unterschlagen!) 2.) fällt in dem hier behandelten Zusammenhang auf, daß in letzter Zeit genau solche Notruf-Telefone in Berlin und Frankfurt/M. (da sind sie jedenfalls aufgeflogen) Ziele von Spitzeleinsätzen der jeweiligen LKA's waren. Auch wenn nicht davon auszugehen ist, daß die Notruf-Ketten das ausschließliche Ziel der Bullen waren, wahrscheinlich wollten sie solche relativ offenen Strukturen nutzen, um in die Szene reinzukommen -, schließen wir daraus, daß solche Formen von Selbsthilfe und Selbstorganisation, die ein relativ breites Spektrum an Gruppen und Personen einbeziehen, ein dicker Dorn im Auge sind; möglicherweise befürchten sie (und das vielleicht nicht zu Unrecht!), daß sich die Beteiligten angesichts der konkreten und für jede/n nachvollziehbaren Schweinereien der Behörden auf allen Ebenen massiv radikalisieren und am Gewaltmonopol des Staates rütteln.

Die "Göttinger Linie"

Seit ca. 2½ Jahren fahren Bullen und Justiz in Zusammenarbeit mit dem GT in Göttingen ein sog. Deeskalationskonzept (was nicht heißt, daß sie vorher auf unbedingte Eskalation aus waren). Einer der Gründe, die zur Einführung dieses Konzeptes geführt haben, ist sicherlich die Existenz eines überdurchschnittlich großen linksliberalen BürgerInnentums. Aus diesem Spektrum sind in den letzten Jahren des öfteren einzelne Bulleneinsätze - wie etwa die JuZi-Razzia, bei der im Dezember 86 über 400 Personen im JuZI mehrere Stunden festgehalten und einer sog. "kleinen ED-Behandlung" unterzogen worden sind - massiv kritisiert worden. Eine neue Stufe dieses bürgerlichen Protestes rief die Ermordung Connys am 17. November 1989 durch einen Bulleneinsatz hervor, der verschiedene Einzelpersonen und auch FunktionsträgerInnen bürgerlicher Organisationen veranlaßte, sich in den "Göttinger BürgerInnen gegen Rechtsextremismus und Gewalt" zu organisieren und fortan kontinuierlich zu arbeiten.
Tatsächlich eingeführt wurde die "Göttinger Linie" aber erst zwei Jahre später: Am 16. 11. 91 gab es eine Demonstration mit einer anschließenden Mahnwache an dem Ort, wo Conny ermordet worden war. Die Bullen legten es offensichtlich darauf an, die Demo zu provozieren, um sie dann aufzumischen. Schon auf dem Hinweg kam es zu einer Festnahme aus dem Demozug heraus, nachdem die Bullen ein Auto beschädigt hatten, was sie einem Demo-Teilnehmer anhängen wollten. Später stürmte das Braunschweiger Festnahme-Kommando die Mahnwache mit der Begründung, das Feuer sei zu groß und es würde zu viel gesprüht. Bei der Erstürmung wurde einzelnen Leuten Pflastersteine und Krähenfüße in ihre auf der Flucht liegengelassenen Rucksäcke gepackt. Dies wurde von verschiedenen Leuten gesehen und der damalige Einsatzleiter Otto Knoke geriet massiv unter öffentlichen Druck. Das Gewaltfreiheitsangebot der VeranstalterInnen der nächsten Demo am 31. 12. 91 bot Knoke und Konsorten einen willkommenen Ausweg: das Deeskalationskonzept war geboren. Von nun an beschränkte sich der sichtbare Einsatz der Bullen in erster Linie auf Verkehrsregelung, es gab keine Spaliere oder dergleichen, lediglich drei ranghöhere Bullen liefen vor der Demo her. Verschiedene "Straftatbestände", wie z.B. Vermummung oder das Tragen von Helmen wurden toleriert. Am 2. 10. 92 haben sich die Göttinger Bullen sogar mit dem LKA Niedersachsen angelegt, weil es eine Demo filmen wollte, was den Bullen vor Ort nicht ins Deeskalationskonzept paßte.
Mensch muß dabei zwischen zwei Arten von Demonstrationen unterscheiden: Auf der einen Seite gab und gibt es Demos, bei denen den Bullen das Konzept bekanntgegeben wurde. Bei der Demo am 2. 10. 93 ging die Stadtverwaltung, der das Konzept ebenfalls mitgeteilt worden war, sogar so weit, das entsprechende Schreiben als Anmeldung nach dem Versammlungsgesetz zu werten, um daraufhin Auflagen zu machen. Auf der anderen Seite gab und gibt es Demos, deren Konzept den Behörden nicht bekannt gemacht wurde. Hier war das Gejammer groß, die Polizei würde ja alles in ihrer Macht stehende tun, um die Demo reibungslos über die Bühne zu bringen - nur die bösen DemonstrantInnen würden nicht mitspielen. Und falls dann doch mal eine Scheibe zu Bruch ging, war schnell die Rede von den bösen - im Gegensatz zu den guten - Autonomen. Darüber hinaus wurde in Presseerklärungen der Staatsanwaltschaft (GT v. 17. 12. 92) und in Aussagen von Oberbulle Milde (GT v. 16. 8. 93) gedroht, daß bei "weiteren ausufernden Gewalttätigkeiten" die Deeskalationsstrategie nicht mehr zu halten sei. Auf der Pfarrkonferenz des ev-luth. Kirchenkreises bat Milde

die Kirche gar darum, der Bevölkerung ein Abweichen der Polizei von der Deeskalationslinie zu vermitteln. (GT v. 16. 8. 93)
Anhand solcher Ausagen und anderer Stellungnahmen von Leuten aus Politik, Justiz und Polizei wird klar, welchen Sinn und Zweck diese Strategie verfolgt: Die linke Szene sollte nun mit der Methode Zuckerbrot und Peitsche (oder divide et impera) befriedet werden. Wer sich an die Spielregeln hält, bekommt gewisse Freiräume, wer nicht, bekommt eben den Knüppel auf die Rübe, wie es z.B. bei der Räumung des FrauenLesben-Zentrums und bei der versuchten Blockade der A7 im Rahmen einer Kurdistan-Soli-Aktion geschehen ist. Die sog. Deeskalationsstrategie entpuppt sich als Instrument der Spaltung: Menschen, die immer noch meinen, daß die rein symbolische Ebene verlassen werden muß, und militant gegen bestimmte Ziele vorgehen, sollen isoliert und mit massiven Bulleneinsätzen bekämpft werden. Dieser - Aspekt zielt vor allem auf eine Entsolidarisierung des linksliberalen Spektrums ab.
Göttingens Oberstaatsanwältin Engshuber verteidigte die umstrittene Strategie in einem am 19. Januar 94 im Rahmen einer Veranstaltung des Fachbereiches Jura der Uni Bremen gehaltenen Vortrag, bei dem es um die "Bekämpfung extremistischer Gewalt" ging (eine Seite ihres Vortrags bezog sich auf FaschistInnen, neun auf die linke Szene). Zum einen bemerkt sie, daß die Presse einen von den Bullen definierte Funktion zugewiesen bekommt: "...und daß auch die Presse den Autonomen einen Raum für ihre Ausführungen bietet, wann immer sich diese Autonomen in einer zur Veröffentlichung geeigneten Form äußern." Zum anderen beschreibt sie noch einen weiteren Grund, der aus ihrer Sicht für die Deeskalationslinie spricht: Sie befürchtet, daß zu harte Polizeieinsätze zur Radikalisierung (junger) DemonstrationsteilnehmerInnen führen könnte. Als finale Einschätzung seitens der Staatsanwaltschaft macht Engshuber schließlich klar, worum es geht: "...daß wir ...die Herrschaft letztlich besser behalten, wenn wir uns, die Polizei, ohne körperliche Auseinandersetzung aus der Affäre ziehen."
Die Tatsache, daß in den letzten Jahren so wenig (an militanten Aktionen) gelaufen ist, wie schon lange nicht mehr, bestätigt die führenden Köpfe in Politik, Justiz und Bullerei - auch wenn es dafür noch andere Gründe gibt, die teils bei uns selbst liegen, teils Resultat der sich verschärfenden Rahmenbedingungen sind. Die laufenden §§129/a-Ermittlungen haben ebenso Einfluß darauf wie z.B. das eigene Mit-Deeskalieren. Der Teil unserer Szene, der dieses Spiel völlig offen mitmacht, indem er den Bullen Demokonzepte mitteilt, sich auf Gewaltfreiheit festlegt und diese notfalls mit eigenen OrdnerInnen durchsetzt, muß sich in jedem Falle fragen lassen, inwiefern sie sich als Befriedungsinstrument benutzen lassen. Weiterhin müssen wir uns fragen, inwieweit die eigene Bequemlichkeit, lieber ohne Bullen zu demonstrieren, an erster Stelle steht (und wir so die Deeskalation mittragen), oder ob die inhaltliche Bestimmung einer Demo wie auch anderer zielgerichteter Aktionsformen das Konzept definieren muß, ohne sich von vornherein auf Gewaltlosigkeit festlegen zu lassen.

Kurz nach der Razzia kam die Frage auf, ob die LKA-Aktion vom 5. Juli das Ende der Göttinger Linie bedeute und, falls ja, warum das LKA (als federführende Instanz) dieses Deeskalationskonzept aushebelt. Dazu muß erstmal festgestellt werden, daß dieses Konzept bei den Demos nach den Razzien von den Bullen (vorerst) im wesentlichen fortgesetzt worden ist. Nachdem bei der bundesweiten Demo am 16. Juli einige Steinwürfe, die leicht verletzte Bullen zur Folge hatten, von den Medien beinahe zur Straßenschlacht gepuscht worden sind, ist von interessierter Seite (CDU bis SPD) eine Diskussion um diese Strategie losgetreten worden, die die Bullen vor Ort unter Zugzwang setzt. In Zukunft ist möglicherweise mit einer modifizierten und noch flexibleren Anwendung der "Deeskalationsstrategie" zu rechnen.
Während die Aufgabe der Bullen vor Ort vor allem darin liegt, für Ruhe zu sorgen, hatte das LKA ein anderes Problem: Das niedersächsische Innenministerium hatte bei der Generalstaatsanwaltschaft Celle als ermittlungsführender Instanz angefragt, ob die laufenden §§129/a-Verfahren mangels Ergebnissen nicht einzustellen seien. Es liegt nahe anzunehmen, daß die LKA-Bullen und der Generalstaatsanwalt das anders sahen und die Razzia das Mittel war, weiteren Ermittlungsbedarf zu begründen, indem sie hoffen, aus den beschlagnahmten Materialien was konstruieren zu können.
Es bleibt festzuhalten, daß es nicht unser Teil ist, in erster Linie Überlegungen über ihre Strategie anzustellen und daß bei allem mehr oder weniger öffentlichem Nachdenken über Deeskalation seitens der Bullen nicht vergessen werden sollte, daß die Bullen auch in Göttingen weiter aufrüsten.

Zur Einschätzung

- Es ist ein zu beachtender Faktor, daß es sich bei den Razzien um eine - allerdings mißglückte - Machtdemonstration des LKA handeln dürfte. Diese Machtdemonstration ist vor dem Hintergrund einer Uneinigkeit aufgrund verschiedener Interessen zwischen den Bullen vor Ort einerseits und übergeordneten Staatsschutzinstanzen sowie Kräften im Umfeld der Landesregierung in Hannover andererseits zu sehen. Das Hauptinteresse der Staatsschützer liegt in der Weiterführung der Ermittlungen. In diesem Zusammenhang ist v.a. die Tatsache von Bedeutung, daß die Bullen sich mit den Razzien Einblick in die Struktur der Szene verschaffen wollten. Man und frau kann davon ausgehen, daß ihnen das diesmal besser gelungen ist als bei der JuZI-Razzia im Dezember 86, die auch diesen Zweck verfolgte. Es ist also verstärkt angesagt, die Augen offen zu halten und besonders auf Bespitzelung zu achten.
- Die Razzia ist auch als Teil der Strategie zu sehen, die darauf abzielt, das rechts-links-Schema aufrecht zu erhalten. In einem Moment, da die Bullen gezwungenermaßen einige öffentlichkeitswirksame Aktivitäten gegen rechts entwickeln, soll dem Eindruck entgegengewirkt werden, von links gehe keine Gefahr aus.
- Es ist natürlich richtig, daß die (M) den Bullen ein Dorn im Auge ist. Es fällt auf, daß sie ihre Durchsuchungsbefehle, von denen die meisten schon seit März, andere noch länger in ihren Schubladen lagen, in dem Moment rausholen, in dem sie das Verfahren einstellen sollen. Zusätzlich ist beachtenswert, daß die Presseerklärung der Generalstaatsanwaltschaft Celle neben dem geradezu blödsinnigen Vorwurf, die (M) hielte sich eine "Privatarmee" in Form des schwarzen Blocks, auf die feste Organisationsstruktur in Zusammenhang mit Äußerungen zum Thema Militanz und besonders auf angebliche Kontakte zur RAF abhebt.
- Daß die Ermittlungsbehörden angebliche RAF-Kontakte bemühen, ist wohl weniger ein Hinweis auf gnadenlose Kriminalisierung als auf die leeren Hände, mit denen sie dastehen. Zur Zeit ist die Situation nicht so, daß sich mit RAF-Konstrukten so einfach kriminalisieren und Aufschreie der Empörung in der Öffentlichkeit hervorrufen ließen. Es geht nicht um wüste Spekulationen, ob irgendwann irgendjemand möglicherweise hinter Gittern verschwindet, sondern darum, was durch die Ermittlungen und die Razzien hier und jetzt schon erreicht worden ist und noch werden wird. Es ist Teil der Aufstandsbekämpfung, daß durch solche Maßnahmen Angst und Panik geschürt werden soll, daß Gruppen in ihren Akti-

vitäten gelähmt werden, da sie nur noch mit sich selbst beschäftigt sind und da rationales Analysieren und Handeln durch gefährliche Panikmache verdrängt werden. In diesem Zusammenhang mutet es geradezu absurd an, wenn über unterschiedliche Linien, ja sogar Streit zwischen verschiedenen Ermittlungsbehörden debattiert wird. Ob es diese Auseinandersetzungen gibt oder nicht, ist scheißegal - interessant ist daran lediglich, daß diese Unkalkulierbarkeit ihre Wirkung hat und damit, ob geplant oder nicht, als Teil der Aufstandsbekämpfung funktioniert. Das Prinzip 'good cop - bad cop' ist uralt: Unsicherheit wird produziert, und wer unsicher ist, macht Fehler. Es kann nicht darum gehen, sich den Kopf um irgendwelche Bullenhirne zu zerbrechen, sondern darum, wie wir möglichst besonnen mit Repression umgehen und uns nicht permanent sinnlos an den Strategien der Gegenseite abarbeiten. Dadurch geht der Blick auf das Ganze, für die Geschichte von Repression und insbesondere der §§129/a - sowie deren Wirkungen -, verloren.

Göttingen im September 94
mit freundlichen Grüßen
Autonome

Zum Schluß

- Unseres Erachtens machen wir uns selbst viel zu oft zum Nabel der Welt und übersehen damit, was auch in unserer unmittelbaren Umgebung an tatsächlicher Unterdrückung, physischer Gewalt und Folter gegen Menschen ausgeübt wird. Sexistische Gewalt, staatlicher Rassismus, Ausgrenzung Kranker und Behinderter sollen hier nur als Stichworte genannt werden, die sich durch viele Beispiele auch aus Göttingen und Umgebung füllen ließen. (s.Kasten)

Die Knastrevolte der Abschiebehäftlinge in der JVA Kassel

Im Laufe des Vormittags des 24. Juli 94 nahmen ca. 40 Menschen einen Wärter als Geisel und besetzten mehrere Etagen der JVA. Die Abschiebehäftlinge, die z.T. seit über einem dreiviertel Jahr weggebunkert waren, forderten u.a. einen Bus, der die überwiegend aus Algerien stammenden Flüchtlinge nach Frankreich oder Dänemark bringen sollte. Beendet wurde die Aktion durch einen brutalen GSG 9-Einsatz am nächsten Morgen. In den folgenden Tagen wurden die Flüchtlinge systematisch mißhandelt und gefoltert. Mittlerweile wurden die Gefangenen auf mehrere Knäste verteilt.

Freiheit für die angeklagten AntifaschistInnen!

Am 20.9. hat vor dem Landgericht in Berlin-Moabit im Saal 500 (Sicherheitsbereich) der Prozeß begonnen.

Weitere Prozeßtermine sind:
Jeweils Dienstags und Freitags, 9 Uhr, Landgericht, Moabit, Turmstraße 91

27.09.	30.09.	04.10.	07.10.	11.10.	18.10.	21.10.	25.10.
28.10.	01.11.	04.11.	08.11.	11.11.	15.11.	18.11.	22.11.
25.11.	29.11.	02.12.	06.12.				

Besucht und beobachtet den Prozeß!

veranstaltungen:

Freitag, 30. 9. 22 Uhr: Informationsveranstaltung zum Prozeß, danach Party mit (vorauss.) Black Liberation Sound System im SO 36, Oranienstr. 189

Donnerstag, 13.10., 18 Uhr TU-Gebäude: Lesung mit Nanni Belestrini

Montag, 31.10., 18 Uhr voraussichtlich im Roten Salon der Volksbühne: Lesung mit Mauricio Rosencof aus seinem neuen Roman

FILM Veranstaltung im EX

So 2.10.94 20 h

Sonntag, 2.10.94
21.00 Uhr

"Themroc" - Michel Piccoli als Steinzeit-Anarcho-Macker
Regie: Claude Faraldo, F

DAS ROTE PLAKAT

Eine Reise von Paris nach Berlin 1944 – 1994

Mittwoch, 5.10.94 21.00 Uhr – Musikvideo im **CLASH**: **"Eat The Rich"** - Proletarische Kultur contra bürgerlich kapitalistische Lebensart. Soundtrack von Motorhead.

Samstag, 8.10.94 21.00 Uhr – We are The CLASH - **Die Fete** - zum Dreijährigen Bestehen unseres Etablissements

Sonntag, 9.10.94 21.00 Uhr – **"Excalibur"** mittelalterlicher Märchenfilm für action-verwöhnte ChaotInnen. R: John Boorman, Engl. OF

Gewalt gegen Mädchen und junge Frauen

Wege des Ausbruchs

Mi 12.10 20.00

Ausstellung

Rathaus Schöneberg, Ausstellungshalle,
John-F.-Kennedy-Platz, 10820 Berlin

Bus 104, 146, 185, 204
U-Bahn Bayrischer Platz, Rathaus Schöneberg

Vom 9. Oktober bis 6. November 1994
Di – So 10 – 18 Uhr
Sa nur für Frauen

Daß du dich wehren mußt,
wenn du nicht untergehen willst,
das wirst du doch einsehen.

Jetzt gibts ne neue Schallplatte zur Unterstützung der gefangenen Antifas mit den Bands:

FRIENDS OF BARNEY (Pforzheim)
SLIMY VENEREAL DISEASES (Berlin)

Sämtliche Erlöse aus dem Verkauf der Platte gehen an die UnterstützerInnen der gefangenen türkischen und kurdischen Antifas aus Berlin.
Gibt's in Info- oder Plattenläden oder bei:

Video-Clip gegen Zwangsverpflegung ("Eßpakete") von Flüchtlingen, 7 min.

15.- (in bar oder Briefm.) bei:
Hex Tv, c/o Jugendclub Courage,
Bismarckstr. 40, 50672 Köln

Essen à la Karton

ist ein 7-minütiger Videoclip zum Thema Eßpakete für Flüchtlinge (Asylbewerberleistungsgesetz). Neben zwei kurzen Erklärungen zum Thema "Eßpakete", kommentieren Flüchtlinge die neue Situation.
Eine dreiteilige, gespielte Satire illustriert den Paketinhalt und die unmöglichen Möglichkeiten sich davon zu ernähren.
Der Video ist parteiisch gegen die Zwangsverpflegung von Flüchtlingen und ihre Ausgrenzung aus der Sozialhilfe.

Hex-Tv, 7 min, Köln Februar 1994



288 Seiten, strapazierfähig fadengebunden im Kunststoffeinband. *Neuer inflationsbedingter Preis:* **15.- DM** = *mtl. 1,25 DM.*
Bei Direktbestellung Lieferung druckfrisch frei Haus! Gruppen- und WiederverkäuferInnen-rabatt: ab 5 Stück je 11 DM, ab 20 Stück 10 DM alles incl. Ab 250 Stück 7,50 DM = 50% revolutionärer Massen-Rabattz !!! *alladings* dann plus Posto/Vers@ckung.
Ralf G. Landmesser, Rathenower Str. 23, 10559 Berlin cash oder Postbank München, Kto.Nr. 508 48 801, BLZ 700 100 80

Klein in der Auflage, global in der Verbreitung. Plastiksprengstoff für verstopfte Gehirnwindungen. Jährlich aktualisierter, umfangreicher libertärer und emanzipativer Adressenteil. Interessant für NeueinsteigerInnen, die aus dem *"Zug in den Abgrund"* aussteigen wollen, für alte und junggebliebene H@sen/Häsinnen sowieso. Auch was fürs Auge: hunderte Grafiken, Cartoons und Fotos. Informationen zu aktuellen Projekten und Bewegungen und zur Geschichte des freiheitlichen Sozialismus.

Wem gehört die Welt



Videoclip für einen neuen Bauwagenplatz in Köln

Dokumentation & Animation, 8 min
Collner Fenster, August 94

20 DM (Briefmarken oder bar) bei:
Jugendclub Courage, Bismarckstr. 15, 50672 Köln



SOLIPARTY & INFOS ZUM PROZESS
FÜR DIE ANTIFAS IM KNAST
FREITACH
30.09. 21⁰⁰
im SO 36